

Die 'Freiheit' erscheint morgens und nachmittags, Samstags und Montags von 10.-11. im Vorverkauf...

Die abgabepflichtige Korrespondenz über deren Namen kostet 5.- M. einschließlich...

Freiheit Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Bayern gegen das Entwaffnungsgesetz

Die Komödie enthüllt

München, 22. März. (Ausschl.)

Die 'Münchener Neuesten Nachrichten' melden in ihrer Dienstadt-Ausgabe, daß sich der bayerische Ministerrat...

Zu dieser Meldung wird amtlich erklärt, daß über die Stellungnahme der bayerischen Staatsregierung...

Die Komödie ist enthüllt. Es kam, wie unsere Genossen im Reichstag vorausgesagt haben, Wort für Wort...

Das Verhalten der bayerischen Regierung ist der reine Hohn auf das neue Entwaffnungsgesetz. Zugleich liegt in der bayerischen Erklärung eine offensündige Provokation...

Wir können diese Frage schon jetzt verneinen. Von dieser Reichsregierung ist eine Entwaffnungsaktion in Bayern ebensowenig zu erwarten...

Das Gesamtergebnis der oberschlesischen Abstimmung

716 406 deutsche, 471 406 polnische Stimmen

Nach dem Bericht der internationalen Kommission in Dypeln beträgt die Zahl der in Oberschlesien abgegebenen Stimmen 716 406 deutsche gegen 471 406 polnische...

Die Börse und das Abstimmungsergebnis

Der Jubel über das Abstimmungsergebnis in Oberschlesien, der am Montag die gesamte Presse erfüllte...

Soziale Rücksichten haben bei der Abstimmung entscheidend mitgewirkt. Die deutsche Sache wurde dadurch in ihrer Anziehungskraft beeinträchtigt...

Die hier gemachten Feststellungen sind, wie gesagt, nur vorläufig zu vernehmen. Um so lauter spricht die Börse...

Abgabe obererschlesischer Industriepapiere, deren Kurse gewaltig sanken. So verloren Königshütte 60 n. H., Laurahütte 18 n. H., Oberschlesischer Eisenbahndarfst 13 n. H. usw.

Französische Kriegsschäden

Wie aus Paris gemeldet wird, wurde im Senat der Bericht von Lucien Hubert über das Budget für die auswärtigen Angelegenheiten beraten. Der Bericht enthält unter anderem Angaben über die Schäden...

Table with 2 columns: Category (e.g., Industrieller Schaden, Wohnbauten) and Amount (e.g., 38 842 521 479 Frs.).

Das ergibt einen Gesamtschaden von rund 223 Milliarden Franken, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß es sich hierbei um Papierfranken handelt. Neben den Schäden, die Zivil- und Militärpersonen erlitten haben...

Es wäre erwünscht, wenn der französische Bericht der deutschen Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden könnte, die von dem Umfang und der Art der in Frankreich verursachten Kriegsschäden keine blasse Ahnung hat.

Amüsante Kriegsverbrecher-Debatte

Im englischen Unterhaus fand über die Frage der Verfolgung der deutschen 'Kriegsverbrecher' folgende Debatte statt: Sir Frederic Hall fragte, ob die englische Regierung...

Der Generalsstaatsanwalt erklärte, dies sei eine der Fragen, wegen deren augenblicklich 'Sanktionen' angewendet würden. (Heiterkeit.) Sir Harry Brittain fragte, an welchem Tage die deutschen Kriegsverbrecher zur Verantwortung gezogen werden würden...

Ueberschichten im Bergbau

Von Heinrich Pieper

Mitglied des Reichstages

Nachdem jetzt die Ruhrbergarbeiter über ein Jahr lang Ueberschichten verfahren haben, um eine Erhöhung der Kohlenförderung zu erwirken, sind diese nunmehr durch Kündigung des Ueberschichtenabkommens beseitigt.

Die wirtschaftliche Not des Proletariats haben die Bergarbeiter durch die Ueberschichten nicht zu bannen vermocht, die Not ist größer als zuvor und die Sozialisierung ist höchstwahrscheinlich — wieder einmal durchmarschiert.

Im mitteldeutschen Braunkohlenbezirk ist inzwischen ebenfalls eine Stodung eingetreten, die auch schon Arbeiterentlassungen zur Folge hatte. Zudem hat auch die Nichterfüllung der Bergarbeiterforderung großen Unmut hervorgerufen...

Ueberschichten erfordern einen ungeheuren Kräfteaufwand. Die Arbeit in der steuchten, mit schlechten Dünsten oder Gasen vermischten Luft ermüdet den Körper aufs äußerste. Die Arbeitsleistung läßt deshalb in der letzten halben Schicht bedeutend nach, und wenn der gänzlich erschöpfte Bergmann zutage fährt, hat er bis zum Beginn der folgenden Schicht nicht genügend Zeit, sich zu erholen.

Im allgemeinen wird der Lohn der Bergarbeiter viel höher eingeschätzt, als er in Wirklichkeit ist. Wenn von Durchschnittslöhnen der Hauer die Rede ist, so ist damit noch nicht gesagt, daß jeder Hauer diesen Lohn verdient.

Auf der Zeche Kaiserstuhl bei Dortmund mit ca. 2500 Mann Gesamtbelegschaft betrug der Durchschnittslohn im Monat Dezember 55,13 M. In Wirklichkeit hatten die Hauer nun verdient:

Table showing wage distribution: 3 Mann 47,16 M., 35 ' zwischen 51 bis 52 M., 94 ' 52 ' 53 '...

Aus dieser Aufstellung ist ersichtlich, daß die Mehrzahl 404 Mann, unter den Durchschnitt fällt. Nur ein Drittel der Gruppe, 231 Mann, erreicht den Durchschnitt. Ein verschwindend kleiner Teil kommt erheblich über den Durchschnitt hinaus. Wie auf dieser Zeche, so ist es auch auf anderen, womit nicht behauptet werden soll, daß immer die Mehrzahl unter dem Durchschnitt bleibt. Die Bergarbeiterschaft...

kann von ihrem Lohn bei weitem nicht die Lebensmittel kaufen, welche zur Erhaltung der körperlichen Leistungsfähigkeit notwendig wären. Ueberschichten bedeuten unter solchen Umständen geradezu Selbstmord.

Jetzt, nach der Ablehnung der Ueberschichten, ist die Frage brennend geworden, was nun geschehen soll. Der Kohlenausfall bedeutet eine Schädigung des Wirtschaftslebens; auf der andern Seite muß aber auch ein Lohnausgleich stattfinden, da doch die Ueberschichten und der Zuschlag einen wesentlichen Bestandteil des Lohnes ausmachen. Der Schiedspruch in Dortmund vom 11. März d. J. will nun eine Neuregelung dadurch schaffen, daß eine Lohn-erhöhung eintreten soll, aber gleichzeitig an vier Tagen in der Woche im Anschluß an die laufende Schicht je eine Stunde Ueberschicht verfahren werden soll. Praktisch ist damit die Achtstunden-Schicht wieder eingeführt. Diesen Schiedspruch haben die Mi-Berghändler und die Hirsch-Dunderschen Bergleute abgelehnt. Christen und Polen haben ihm zugestimmt. Aber auch die Bergarbeiter haben ihn abgelehnt. Eine Frage, ob die Bergarbeiter eine Stunde länger arbeiten wollen oder nicht, das ist gar nicht geben, die achte Stunde ist unbedingt und unter allen Umständen abzulehnen. Daran darf auch der Beschluß des Reichskabinetts, die sofortige Einbringung eines Gegenwurdes betr. die gesetzliche Höchstleistungszeit im Bergbau unter Tage, nichts ändern.

Die Bergarbeiter haben nicht deshalb einen schweren Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit geführt, damit ihnen nach knapp zwei Jahren dieser Erfolg genommen wird. Aber Ueberschichten müssen auch deshalb unterbleiben, da man sie zum Unfall nimmt, auch anderen Schichten der Arbeiterkraft, beispielsweise den Verkehrsarbeitern, eine Verkürzung der Arbeitszeit aufzuheben. — Würden nun im Ruhrgebiet an vier Tagen acht Stunden im Bergbau gearbeitet, so dauerte es nicht lange, bis man auch bei den Verkehrsarbeitern und den Hüttenarbeitern und verwandten Berufen eine Schichtverlängerung einführt. Die Bergarbeiter empfinden es auch beschämend, zu einer Zeit, wo ein Teil der deutschen Bevölkerung von der Arbeitslosigkeit betroffen wird, sie gezwungen werden sollen Ueberschichten zu machen, ohne aber die Not tatsächlich lindern zu können. Nach einem Bericht der „Bergarbeiter-Zeitung“ Nr. 9 vom 26. Februar 1921 beträgt die Förderung an den Tagen, wo vornehmlich Ueberschichten verfahren werden, 350 000 Tonnen. Sie fällt aber am folgenden Tage auf 280—200 000 Tonnen, weil die Bergleute zu sehr ermattet sind. Am zweiten Tage nach der Ueberschicht steigt die Förderung auf 310 000 bis 320 000 Tonnen ohne Ueberschicht. Das muß zu bedenken geben und rechtfertigt zu der Schlussfolgerung, daß bei dauernder normaler Schichtzeit (ohne Ueberschicht), sowie bei technischem Ausbau der Gruben die Förderung noch bedeutend höher steigen wird.

Eine schwierige Frage ist der Lohnausgleich. Die Werksbesitzer erklären, ohne Kohlenpreis-erhöhung kein Lohnzuschlag; das Ministerium aber will keine Preisserhöhung genehmigen. Die Bergarbeiter müssen unbedingt einen Lohnausgleich haben. Die Werksbesitzer begründen ihren Standpunkt mit der Unrentabilität und Zuhilfe auf vielen Seiten. Wäher ist es aber noch keinen dieser Herren eingefallen, den Bergarbeitern volle Einsicht und Nachprüfung in den Gang des Geschäfts zu gewähren. Die veräffentlichten Bilanzen sind nicht allein maßgebend, deshalb liegt kein zwingender Grund vor, anzunehmen, daß die Werksbesitzer ihre letzten Pfennige aufopfert. Die Forderung der Bergarbeiter geht im Gegenteil hinaus auf die Sozialisierung und das würde die Werksbesitzer von aller Pein und Sorge entbinden. Aus moralischen und gesundheitlichen Gründen kann die Frage für die Bergarbeiter nur so lauten und gelöst werden: Gegen jede Ueberschicht! gute Ernährung! auskömmlicher Lohn! Sozialisierung des Bergbaues!

### Das Gebrüll

Das Fieberthermometer bei den Leuten der „Roten Fahne“ steigt, daß die Temperatur zurückgegangen ist. Die Patienten sind etwas weniger erregt, die Delirien nicht mehr ganz so toll. Immerhin ist die Unruhe der Patienten noch sehr groß. Das Gebrüll richtet sich jedoch hauptsächlich gegen die anderen sozialistischen Parteien. Es ist deutlich erkennbar, daß ihnen die Schuld aufgebürdet werden soll, wenn die „Aktion“ zusammenbricht.

Im dem Zusammenbruch ist nicht zu zweifeln, der Streik ist im wesentlichen auf Mansfeld beschränkt. Die Gewerkschaften haben sich natürlich gegen die Streikparade gewandt und man kann erwarten, daß die Arbeiter den gewerkschaftlichen Weisungen und nicht den irrigen kommunistischen Parolen Folge leisten.

Unterdessen ist die Konkurrenz von der R. A. V. D. auch nicht müde geblieben und hat ein paar Berliner Anschlagsgelassen mit ihren Aufrufen verziert. Man muß schon sagen, der Konkurrenz ist es fast gelungen, selbst die jetzigen Vektoren der „Roten Fahne“ noch zu übertreffen. Nordert die R. A. V. D. zum Beispiel in Hamburg, daß die Betriebe „zu besetzen“ sind, so verfährt die R. A. V. D.: „Die Betriebe sind besetzt. Die revolutionären Aktionsausschüsse handeln.“ Will die R. A. V. D. unsere Vertrauensmänner abheben, so bleibt die R. A. V. D. dabei nicht stehen. Sie hebelte alles in einem Aufwachen, auch die kommunistischen Bonzen, und verkündet: „Der Anknagenschwindel ist abgeschafft, das Proletariat spricht selbst, die Massen der R. A. V. D. handeln unter unserer Parolen.“

Und damit haben die R. A. V. D.-Leute nicht einmal ganz Unrecht und beweisen Mostau jedenfalls, daß sie tüchtig und der Aufnahme in die 3. Internationale durchaus würdig sind.

Der Aufruf ist außer von der R. A. V. D. und der Arbeiterunion und den „politischen Räten“ (natürlich alles anonym) auch von der R. A. V. D.-Jugend unterschrieben. Die Arbeiterschaft weiß also, was sie zu tun hat. Sie muß die Rindsköpfe unter sich allein lassen.

### Viel Lärm um nichts

Der ungeheure Aufwand an aufreizenden Redewortern, den die „Rote Fahne“ die ganze Woche hindurch entfesselt, ist vorläufig in einigen Versammlungen verstanden. Dem Mut der Feder ist der Mut der Rede nicht gefolgt. Man war in den Versammlungen auffallend kleinmütig und begrüßte sich, wie Ruth Fischer in der „Neuen Welt“ dies tat, der Versammlung „aus Herz zu legen“, aufmerksam die weitere Entwicklung abwartend und auf der Wacht zu sein“. Andere Redner, wie Reichman und Bittner, die in den „Brüderpartei des Chines“ sprachen, leiten die übliche kommunistische Rede ab von der Sicherung

des Generallinien zum bewaffneten Kampf. Die Arbeiter müßten schon, wo sie sich die notwendigen Waffen zu holen hätten. Die Kommunisten hätten entschieden mit dem Leben Gott. Sie überlassen es ebenso, wie die getreuen Diener der Kirche, einer höheren Fügung die Dinge zum Besten zu wenden.

Den eigentlichen Ton gaben die Diskussionsredner an: Es müsse bis zum Weibhüten gekämpft werden, die Scheidemann, Hilferdinge und Gewerkschaften, die sollten zwar nicht gleich aufgehoben werden, aber sie könnten sich bessern, aber man müsse sie sofort einschneiden; Autorität und Führerposten müßten überwunden werden, denn man brauche keine Führer!

Die „große Aktion“ der „Roten Fahne“ hat also programm-mäßig geendet. Zuerst ein furchtbares Kraftmetrum, dann kleinlautes Einlenken und eine Rückzugsanordnung mit landläufiger Begleitmusik. Wie lange werden sich die kommunistischen Arbeiter am Rarzensfuß führen lassen?

## Die Zollgrenze am Rhein

### Regelung des Warenverkehrs zwischen unbesetztem und besetztem Gebiet

Der Reichswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages genehmigte am Dienstag eine Verordnung über die Regelung des Warenverkehrs zwischen unbesetztem und besetztem Gebiet. Die Verordnung ermächtigt den Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung, Vorschriften zu erlassen für den Warenverkehr von und nach Gebieten, in denen er die Anwendung der deutschen Ein- und Ausfuhrbestimmungen infolge der Besetzung für beinträchtigt hält. Die Verordnung tritt sofort in Kraft. In ihrer Begründung wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß die deutsche Wirtschaft durch die Aufhebung einer Zollgrenze rechts des Rheins durch die Entente nicht übermäßig geschädigt wird. Insbesondere solle nach Möglichkeit verhindert werden, daß notwendige Inlandwaren über das besetzte Gebiet abströmen und daß unerwünschte Auslandswaren durch das besetzte in das unbesetzte Gebiet eindringen. Eine Erweiterung der bestehenden Vorschriften der Außenhandelskontrolle werde sich deshalb nicht vermeiden lassen.

In der Besprechung im Ausschuss wurde die Notwendigkeit einer derartigen Verordnung allgemein anerkannt, aber von einer Seite milde Handhabung für die Übergangszeit gewünscht.

Eine weitere Sitzung des Ausschusses zur Beratung einer Verordnung über die Rückgewähr von Beiträgen bei privatrechtlichen Pensionseinstellungen und eine Beratung über die Abwicklung der Kriegsgesellschaften und Kriegsorganisationen des Reiches soll am 20. März stattfinden.

## Aus dem neubefetzten Gebiet

Am Montag ist der Bahnhof Osterfeld bei Oberhausen, welcher für die Verbindung zwischen Oberhausen und Essen wichtig ist, durch französische Truppen besetzt worden.

Die Verhaftung des Bürgermeisters und des Polizeipräsidenten in Walsum erfolgte, weil sich im Besitz des Bürgermeisters ein einzelnes Dolk befunden haben soll. Die beiden Herren wurden nach 24stündiger Haft wieder entlassen.

## Eseleien

Die Reichswehr ist der Held des Monarchismus und Nationalismus. Sie hat den Ehrgeiz, viele Feststellung von Zeit zu Zeit vor aller Öffentlichkeit zu heftigen. Es ist ihr dabei einerlei, ob sie das deutsche Volk im Ausland gewaltig schädigt und den deutschen Geldbeutel um einige Goldmark erschleiert. So wurde dieser Tage in Regensburg in Holstein, wo ein Sattellon Reichswehr liegt, eine Entente-Kommission, die den Auftrag hatte, die Stärke der Mannschaft festzustellen, auf blutigen Fuß angepöbelt. Zuerst mußten sich die Kommissionsmitglieder bei der Kommandantur melden und als sie dann den Kasernenhof betraten, hatte sich dort die Militärkapelle aufgestellt, die die Kommission mit „Deutschland, Deutschland über alles“ empfing. Durch Zurufe wie „Sieg und Waffen wir Frankreich schlagen!“ und „Haut ihn raus!“ wurde der Stimm dieser Demonstration verdonkelt.

Da die Kommissionsmitglieder bei ihrem Weggang erklärten, daß sie über den Vorfall Meldung bei der zuständigen Behörde erstatten, kann Deutschland eventuell wieder zahlen. Unsere glorreiche Reichswehr ist wirklich einseitig von Kopf bis zu Fuß. In Berlin erwirbt sich die höchste Spitze Herr v. Seeß, die besondere Beliebtheit der Entente durch seine gewählte Ausrüstungsweise, in Regensburg und anderswo besorgen das die untergeordneten Organe. Und Herr Seeßler schwört mit milder Verehrung über allem, die Welt er nichts zu sagen hat.

## Die Bremer Stadtmusikanten

Die Kommunisten in Bremen haben am 18. März die von der U. S. P. D. einberufenen Massenversammlungen gegen die Zwangsmaßnahmen der Entente gekündigt und damit dem Vorgehen des erhebende Schauspiel verboten, daß sich Arbeiter an einem Tage, der der internationalen Arbeiterbewegung dienen sollte, die Rippe einschlagen. Die Kommunisten begründeten ihre „revolutionäre“ Tat in einem Flugblatt damit, es hätte verhindert werden müssen, daß die U. S. P. D. mit den Kapitalisten und Imperialisten Arm in Arm gehe (11). Wie stellen sich nun die Bremer Kommunisten die Befreiung des deutschen Proletariats aus den Fesseln des Friedensvertrages vor? Ein Dringlichkeitsantrag, den die kommunistische Fraktion in der letzten Sitzung der Bremer Bürgerschaft eingebracht hat, gibt darüber Aufschluß. Er ist so phalar gehalten, daß es sich lohnt, ihn wörtlich wiedergeben.

Die bremische Bürgerschaft beschließt, die Reichsregierung folgende Kundgebung auszusprechen zu lassen:

„Aus dem Verfall der Welt, dem Völkerverfall und den Londoner Verhandlungen offenbar ist das Ziel der Entente, Deutschland als wirtschaftlichen Faktor aus der Welt zu entfernen. Dieses war das Ziel des Krieges und ist durch den Sieg der Entente über Deutschland erfüllt. Weitere Verhandlungen bedeuten nur eine Verlängerung der Agonie der deutschen Wirtschaft. Weitere Lebensmöglichkeiten für Deutschland sind nur in der Befreiung der Entente aus der Welt zu sehen. Dieses ist dem deutschen Bürgertum und seiner Regierung unmöglich, da breite Schichten der Bevölkerung einer bürgerlichen Regierung die Gehorsamkeit verlangen. Durch die revolutionäre kommunistische Bewegung besteht die Einheitsfront nicht mehr.“

Die Entente kann ihre Niederlage nur durch die Arbeiterschaft der Entente finden, und das ist erst möglich, wenn die militärische Macht der Entente seiner deutschen Regierung übergeben wird. Die deutsche Regierung ist eine revolutionäre Regierung der deutschen Arbeiterklasse geworden. So ist im Interesse der Reichseinheit und der wirtschaftlichen Lebensmöglichkeit für Deutschland das Gebot der Stunde: Die Befreiung aller nationalen Völker und die völlige Organisation des deutschen Bürgertums, die Befreiung der revolutionären Elemente (worumher die U. S. P. D. selbst)

nördlich nur Kommunisten versteht. D. Red.) der wertvollen Klasse und die Befreiung aller proletarischen Revolutionäre, das Wirtschafts- und Waffenbündnis mit Rußland.“

Dieser Antrag wurde von den Kommunisten in einem Parlament eingebracht, das von einer bürgerlichen Mehrheit beherrscht wird. Die bürgerliche Mehrheit soll sich also für die angeblich revolutionären Forderungen dieses Dringlichkeitsantrages einsetzen. Mit der nationalsozialistischen Tendenz des Antrages werden nun ohne Zweifel weite Kreise des Bürgertums, insbesondere aber die deutschen nationalen Katastrophepolitiker, einverstanden sein. Deshalb aber von dem Bürgertum zu erwarten, es würde nun freiwillig auf seine Macht verzichten, um sie in die Hände der kommunistischen Partei zu legen, das ist eine hehre Illusion, die nur in den Köpfen von Leuten entstehen kann, die noch nicht einmal das ABC des Sozialismus begriffen haben!

## Polnisch-russischer Friede

Die seit Monaten andauernden Verhandlungen zwischen Polen und Rußland haben durch Unterzeichnung eines Vertrages in Riga ihren Abschluß gefunden. Der Friedensvertrag umfaßt 28 Artikel. Er erkennt die Unabhängigkeit der Ukraine und Belorussiens an und bestimmt die Grenze zwischen diesen beiden Staaten und Polen. Beide Teile verpflichten sich, ihre Truppen innerhalb 14 Tagen aus den ihnen nicht zugesprochenen Gebieten zurückzuziehen. Das zwischen Litauen und Polen liegende Gebiet (Wilna-gebiet) wird für eine Angelegenheit dieser beiden Staaten erklärt. Beide Teile verpflichten sich, in die inneren Angelegenheiten des anderen nicht einzumischen, sich jeder Propaganda zu enthalten und eine bewaffnete Unternehmung gegen einen der beiden Staaten nicht zu unternehmen.

Nach Artikel 8 verzichten beide Teile auf Zahlung von Kriegskosten und Entschädigungen. Art. 13 behandelt die Zahlung der 20 Millionen Goldrubel aus dem Goldlohn an Polen. Art. 14 befaßt sich mit der Aufteilung des Eisenbahnmaterials. Laut Art. 15 verpflichten sich Rußland und die Ukraine zur Rückstellung der Güter, die polnische Untertanen in ihren Gebietsanteilen hatten. Die Zahlung der Polen gebührenden Teile des Staatsgutes des alten Rußlands wird durch eine besondere gemischte Kommission geregelt. Nach Art. 19 ist Polen zur Zahlung von Staatsschulden des ehemaligen russischen Reiches nicht verpflichtet.

Der Vertrag sichert weiter Polen das Recht des meistbegünstigten Staates zu. Sechs Wochen nach Ratifikation des Friedensvertrages werden besondere Verhandlungen über die Wiederaufnahme des Handels, die Errichtung von Konjunkturverträgen und den Wiederbeginn des Post- und Eisenbahnverkehrs aufgenommen. Die Ratifikationsurkunden sind 45 Tage nach der Vertragsunterzeichnung in Wien auszutauschen.

Die polnische Presse bestätigt die Meldung des „Ost-Anzeiger“ über den Abschluß von geheimen Zusatzverträgen zum polnisch-russischen Friedensvertrag. Der Dombst nähehande Kurzer Vorname“ berichtet, daß vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages drei geheime Verträge unterzeichnet worden seien. Der erste betrifft die Rückkehr derjenigen Fonds, die von polnischen gemeinnützigen Anstalten leihweise in Rußland deponiert worden waren, der zweite die Berechnung für das an Rußland überlassene rollende Material, der dritte die Frage des Transits durch polnische Gebiete nach Rußland und nach der Ukraine. Das Blatt will wissen, daß die Berechnung für das Eisenbahnmaterial auf die Weise erfolgen solle, daß Rußland eine aus Verlässen und Edelsteinen bestehende Kaution für die Befreiung der 20 Millionen Goldrubel tragenden Entschädigung deponiere. Die Kaution dürfe im Falle des Bruches von Polen veräußert werden. Durch den Zusatzvertrag über den Transitverkehr soll Polen unbeschadet des ihm in Artikel 21 des Friedensvertrages zugewandenen Rechtes, den Transit von deutschen und österreichischen Waren nach Rußland nach eigenem Ermessen zu regeln, die bestimmte Verpflichtung übernommen haben, den Transit einer Reihe von Warenmengen deutschen Ursprungs nach Rußland zu gestatten.

## Nach dem Fall von Kronstadt

DE. Heftflugler, 22. März.

Der kommunistische Matrosenführer Dubenko ist zum Kommandanten der Festung Kronstadt ernannt worden. Ueber Kronstadt ist der Belagerungszustand verhängt. 1400 Kronstädter Gefangene sollen im Lager von Peterhof konzentriert werden, wo eine Sonderkommission die Untersuchung über die Umstände des Aufstandes einleitet wird. In Oranienbaum sind durch das Bombardement einige Häuser zerstört worden; einige Fabriken sind niedergebrannt. Peterhof ist fast unversehrt geblieben.

## Neue blutige Zusammenstöße in Mailand

Mailand, 22. März.

In dem benachbarten Greco-Milaneze wurde ein Bombenanschlag auf den Sitz der Faschisten verübt. Es gab zwei Verwundete. Der Täter wurde verhaftet. Die Polizei nahm darauf eine Durchsuchung am Versammlungsort der Kommunisten vor und verhaftete 14 Personen. Bei einer Durchsuchung des kommunistischen Bureaus in Mailand wurden 20 Personen verhaftet. Als die Faschisten nach einer patriotischen Kundgebung in Mailand nach Greco-Milaneze zurückkehrten, kam es zu einem Zusammenstoß mit einigen Sozialisten, bei dem zwei Personen getötet und mehrere verletzt wurden. Später drangen Faschisten in das Gebäude der Sozialisten an der Porta Garibaldi ein, zerschlugen die Möbel und nahmen die rote Fahne mit. Ein Sozialist wurde getötet, mehrere verwundet, darunter verschiedene Schwerer. Der Sitz der sozialistischen Liga wurde zerstört.

Die blutigen Demonstrationen vom Sonntag haben am Montag eine traurige Fortsetzung gefunden. Es kam wiederum zu schweren Zusammenstößen, wobei es zahlreiche Verwundete und Tote gab. Runmehr streifen die Elektrozünderarbeiter. Die Stadt wird militärisch stark bewacht.

Die Zahl der schwarzen Truppen im besetzten Gebiet. Wie die Pariser Presse nachträglich feststellt, befinden sich unter den 80 000 Mann französischer Truppen im Rheingebiet 13 000 Mann Kolonialtruppen aus Nordafrika, und zwar vorwiegend Araber und Berber, dagegen keine Senegalesen.

Oberstelektische Kohle für Danzig. Wie der Oberkommissar des Völkerverbundes dem Präsidenten des Danziger Senats auf Grund einer telegraphischen Mitteilung des Generalsekretärs des Völkerverbundes bekannt gibt, hat die Reparationskommission des Völkerverbundes Danzig direkt einen Monatsbeitrag von oberstelektischer Kohle zuzuerkennen, der 1 Prozent der Nettoerzeugung von Oberstelektiken entspricht.

Zahnerabsetzung im belgischen Bergbau. Die gemischte Verwertungskommission beschloß eine neue Herabsetzung der Löhne um 3 Prozent, die Anfang April in Kraft treten soll.

Französischer Kommunistenkongress. Der Kongress der französischen kommunistischen Partei ist endgültig auf den 8. und 10. Mai festgesetzt worden. Es sollen hierbei die neuen Satzungen der Partei aufgestellt werden.

Chamberlain Nachfolger von Rams. Die Unionistische Partei hat gestern in ihrer Versammlung im Carlton-Club einstimmig Chamberlain zum Führer der Unionistischen Partei in Unterhaus, also nicht zum Führer der ganzen Unionistischen Partei, gewählt.

# Die Hausangestelltensteuer angenommen

## Die Erhöhung der Gas- und Elektrizitätspreise beschlossen

### Bürgerliche Heuchelei

Im Anschluß an die Besprechung des Haushaltsplanes für 1923 beschloß gestern die Stadtverordnetenversammlung die Erhöhung des Gaspreises um 10 Pf., die Erhöhung des Elektrizitätspreises für Beleuchtung um 50, für Kraft um 20 Pf. Die Unabhängige Fraktion stimmte gegen die Erhöhung, da sie sie gegenwärtig bei den Ueberschüssen der Werke nicht für notwendig hielt. In einer Erwidrerung auf die Darlegungen des Genossen Degener suchte Oberbürgermeister Böß die Notwendigkeit der Erhöhung darzulegen.

Den Bericht über die Beratungen des Steuerausschusses wegen der Hausangestelltensteuer erstattete Genosse Dr. Herx. Die Redner und Rednerinnen der bürgerlichen Parteien jammerten über diese „unsoziale“ Steuer und suchten das Gespenst der Arbeitslosigkeit der Hausangestellten an die Wand zu malen. In den genauen Zahlen über den Stand des Arbeitsmarktes, die Genosse Herx vortrug, und die das Gegenbild dazu zeigten, aber konnten sie nicht rütteln. Noch deutlicher aber enthüllte sein Hinweis, daß die freigewerkschaftliche Organisation der Hausangestellten mit der Steuer einverstanden sei, die Heuchelei der bestehenden Kreise, die nach früher bereits gelübten Methoden vorgehen, von dem Interesse der Angestellten geleitet zu sein, während sie doch nur geleitet sind von dem Wunsch, sich von dem Steuerzahler zu drücken. Genosse Herx betonte ferner, daß die Besteuerung des Aufwandes, den die Beschäftigung eines Hausangestellten darstelle, vor allem geboten ist, um die Mittel zu erhalten, die die Stadt zur Erfüllung der Kindergebühren, deren Mütter nicht nur keinen Hausangestellten halten können, trotzdem sie erwerbstätig sind und ihre Kinder sich selbst überlassen oder Krippen und Horten übergeben müsse. Sei die Steuer auch äußerlich nicht sehr gefällig, so sei doch ihre Wirkung unter diesen Umständen sozial. Die Vorlage wurde gegen die Stimmen der Bürgerlichen beschlossen.

### Sitzungsbericht

Zu Beginn der gestrigen außerordentlichen Sitzung der Groß-Berliner Stadtverordnetenversammlung erfolgte die Einführung der Frau Stadträtin Deutsch durch den Oberbürgermeister. Der Redner, Genosse Dr. Böß, verteilte eine dringliche Anfrage Steiniger und Genossen, was der Magistrat gegen die Erhöhung der Steuern anlässlich der letzten Sitzung zu tun beabsichtige. Der Stadtratspräsident erklärte, daß die Angelegenheit mit der Staatsanwaltschaft über die Angelegenheit verhandelt habe, um die Ueberweisung der Tribünenanordnungen herbeizuführen. Seitens des Stadtverordnetenbüros sind Beschlüsse getroffen um solche Fällungen in Zukunft unmöglich zu machen.

Der Dringlichkeit eines Antrages v. Egnern (D. B.) der dem Magistrat, daß der Magistrat bei den zukünftigen Beschlüssen vorzugehen soll, daß Maßnahmen ergriffen werden, um einen ungeschützten Verkehr nach und aus dem Ratungsbereich zu verhindern, wird widerstanden. Der Antrag kommt demnach auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung. v. Egnern erwartet, daß schon die Anklage des Antrages genügen müsse, um den Magistrat zu den erforderlichen Schritten zu veranlassen.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung berichtet Jurß (Sp.) über die Verhandlungen des Ausschusses bezügl.

Beurteilung des Stadthaushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1923.

Nach den Ausführungen des Berichterstatters bietet der Etat ein trübes Bild. Es müsse dahin gewirkt werden, daß die Ausgaben an städtische Unternehmungen aufhören. Auf dieser Grundlage sei demnach der Haushaltsplan für 1923 ohne Deckung bemittelt worden. Der Haushalt beantragt: Den Haushalt in Einnahme und Ausgabe auf 5.981.268.000 M. zu stellen. Der Steuerbedarf für das Verwaltungsjahr 1923 beträgt 212.807.470 M. Was die Gewerbesteuer betrifft, so soll die Erhebung derselben in der Stadtgemeinde Berlin einheitlich stattfinden in Form von Zuschlägen zur kommunalen Veranlagung zur Gewerbesteuer. Die in einzelnen Gemeindeflecken bestehenden besonderen Gewerbesteuerordnungen werden aufgehoben. Zur Deckung des Finanzbedarfs ist eine schwebende Schuld von 725.000 M. einbezogen worden. Der Deckung dieser schwebenden Schuld soll in fünf Jahresraten erfolgen. Der Zuschlag von 10% soll in fünf Jahresraten erfolgen. Der Zuschlag von 10% soll in fünf Jahresraten erfolgen. Der Zuschlag von 10% soll in fünf Jahresraten erfolgen.

Dr. Steiniger (Dnat. Fr.) Die verschiedensten Schäden und die schlechte Wirtschaft können in uns nicht vertreten werden. Wir müssen daher gegen die Festsetzung des Haushaltsplanes.

Stadtr. Peiß (U. S. V.) Wie er in Punkt 2 der Beschlüsse des Ausschusses in Aussicht genommen zu sein scheint. Diesen Voranschlag würden sie daher ablehnen.

Stadtr. Doerr (Komm.) wendet sich ebenfalls gegen diesen Voranschlag, lehnt ab, den ganzen Etat ab.

Stadtr. v. Egnern (D. B.): Das geprüft werden soll, welche Schritte der Stadt zur Verankerung eingenommen werden, nicht, sondern allgemein den Verkauf zu veranlassen. So unerschrocken der Etat in seiner Erscheinung ist und so sehr wir auch in so manchen Punkten auf dem Steuergebiet, nicht einverstanden sind, können wir uns der Demonstration nicht anschließen werden für die Ausprägung. Der Haushaltsplan wird nach dem Bericht des Ausschusses angenommen.

Zur Deckung der Mehrausgaben für Lohn- und Gehaltszahlungen schlägt der Ausschuss vor, den Gaspreis um 10 Pf. pro Kilowattmeter und den Preis für eine Kilowattmeter um 50 Pf. zu erhöhen.

Stadtr. (U. S. V.): Die Gas- und Elektrizitätswerke haben einen Ueberfluß von etwa 50 Millionen ergeben. Unter solchen Umständen sind die gesamten Ausgaben für Lohn- und Gehaltszahlungen und Bezüge für Bureauhilfskräfte auf die Werke zu übernehmen und nicht die Gas- und Elektrizitätspreise zu erhöhen. Die Beschaffung von Kohlen erfordert eine baldige Reglementierung. Da bei der heutigen Art der Beschaffung die Gemeinde stark gefährdet wird. Wir müssen ferner feststellen, daß heute noch keine einzige technische Verbesserung in Zukunft finanzielle Vorteile entstehen werden. Wir sind deshalb nicht in der Lage, für die vorgeschlagenen Erhöhungen zu stimmen. Der Magistrat soll die Deckung der neuen Lohnausgaben Steuerprojekte in Vorschlag bringen, die wir annehmen können.

Stadtr. (Komm.) spricht sich im Sinne des Vorredners aus. Stadtr. Conrad (U. S. V.): Nachdem wir die Ausgaben der Stadt haben, müssen wir auch die Einnahmen schaffen.

Oberbürgermeister Böß legt dar, daß die Finanzen die Erhöhung der Einnahmen rechtfertigen.

Die Erhöhung wird gegen die Stimmen der U. S. V. und der D. angenommen.

Der die

beschloß anerkannt. Arbeitslosigkeit der Hausangestellten als Folge der Einführung der Steuer ist nicht zu befürchten. Die Nachfrage nach weiblichen Hausangestellten ist immer noch viel größer als das Angebot. Die freigewerkschaftliche Organisation der Hausangestellten hat die Steuer als berechtigt anerkannt. Der Ausschuss hat einige soziale Härten beseitigt, die Sätze der Steuer aber nach den Magistratsanträgen angenommen.

Stadtr. Frau Meyer (Dnat.), Vorsitzende des Berliner und Wilmersdorfer Hausfrauenvereins, lehnt namens ihrer Fraktion die Vorlage ab. Ein Haushalt ist eine Art Arbeitsgemeinschaft, das Halten eines Dienstmädchens ist für zahllose Haushalte ablosende kein Luxus, sondern eine unbedingte Notwendigkeit, wenn der Haushalt nicht dem Verfall entgegengeführt werden soll. Die Steuer ist unsozial, die Hausangestellten stellen gegenüber anderen Angestellten in eine ungünstige Lage gebracht werden. Es ist leicht die Frage, ob die Steuer für die Stadt zu viel einbringen wird, als auf der anderen Seite die Ausgaben für Beschäftigungslosigkeiten steigen müssen. Die schwer um ihre Erhaltung ringenden Mittelhaushaltungen werden untragbar belastet. Die Vertretungen der Berufsorganisation der deutschen Hausfrauen erheben scharfen Protest gegen diese Steuer.

Im Anschluß an die Vorrednerin wendet sich auch Stadtr. Frau Dr. Meyer gegen die Hausangestelltensteuer in der vorgeschlagenen Form. Die Steuer sei nur gerechtfertigt, soweit sie den Luxus treffe. Im Mittelstand handle es sich aber um dringende Notwendigkeiten. Eine Hausfrau des Mittelstandes könne nicht mehr Arbeit zu bewältigen haben, als die Arbeiterfrau in mehr gleichartigen Familien. (Widerstand Anst.) Die Unterschiede seien einmal vorhanden. Man müsse eben Unterschiede machen in der Einschätzung der Notwendigkeiten, die im Leben der Menschen gegeben sind. Richtig wäre es, die erste Stelle offen zu lassen. Auch die Sätze für die zweite Stelle tragen den verschiedenartigen Verhältnissen nicht Rechnung. Rednerin verweist auf die Jungmädchen, die vielfach für die zweite Stelle in Frage kommen und an die alten Hausangestellten, die im Hause gehalten werden, ohne eigentlich Arbeit zu tun. Ueberall suche man Arbeitsquellen zu schaffen, hier verstopfe man sie. Auch zahlreiche Kinder treibe man in die Kinderhorte, die sonst von Hausangestellten gewartet worden würden. (Lebh. Zustimmung rechts.)

Stadtr. Dr. Lohmann (S. V. D.): Die Steuer ist für uns auch kein Ideal. In Zeiten der wirtschaftlichen Krise würden wir ihr nicht zustimmen. Wer sich heute Hausangestellte leistet, kann es nur auf Grund einer gewissen Wohlhabenheit, die über den Durchschnitt hinausgeht. Die Not zwingt uns zu neuen Steuererhöhungen. Die Steuer stünde uns verantworten zu können.

Stadtr. Helene Schulte (Wirtsch. Pgg.) spricht aus den mündlichen Vorrednerinnen geltend gemachten Gründen gegen die Vorlage.

Stadtr. Dör (Komm.) ist für die Steuer und stellt einen Antrag, der dahin geht: Die Steuer darf nicht als Vorwand benutzt werden, um Hausangestellte zu kündigen oder zu entlassen.

Stadtr. Herx: Die Resolution der Kommunisten ist unannehmlich. Entlassungen der Hausangestellten sind nicht zu befürchten. Unter welchen Umständen Entlassungen vorgenommen werden können, bestimmen Reichsgesetze, die Gemeinde hat darauf keinen Einfluß. Die Argumentation der Bürgerlichen trägt den Mantel der Heuchelei deutlich zur Schau. Die Hausangestelltensteuer ist immer noch viel sozialer als die gewaltige Erhöhung der Zuckerssteuer um das Siebenfache, die von den bürgerlichen Parteien geplant ist. Die trostlosen Finanzen der Gemeinden sind die Folge der bürgerlichen Steuererhöhung. Wenn diese Steuer beschloffen werden müßte, so, weil die Gemeinden durch die Steuererhebung des Reiches auf diese Bahn gedrängt werden. In hunderttausenden von Familien ist die Frau erwerbstätig, die Kinder sind sich selbst überlassen. Diesen Zustand zu bessern, seine Folgen zu mildern, Gelder für die Ausstattung von Krippen und Horten herbeizuschaffen, sei die Aufgabe der Hausangestelltensteuer. Deshalb stimme die U. S. V. für sie und lasse sich durch das Geschrei des Bürgertums nicht beirren.

Bei der Abstimmung wird der Antrag v. Egnern bezügl. die allgemeine Steuerfreiheit des ersten Hausangestellten abgelehnt, die Vorlage wird nach dem Ausschussantrag angenommen. Der Antrag Dör wird abgelehnt. Die Steuer tritt mit dem 1. April in Kraft.

Die Steuer beträgt: Für den ersten Angestellten 100 M., für den zweiten 500 M., für den dritten 1500 M., für den vierten und jeden folgenden 2000 M. Steuerfrei ist das Beschäftigen des ersten Hausangestellten: a) wenn der Hausangestellte außer mit häuslicher Tätigkeit auch als Hilfskraft im Beruf einer zum Haushalt gehörigen Person (z. B. beim Arzt) verwendet wird; b) wenn im Haushalt gewerdmäßig Speisen und Getränke gegen Entgelt an nicht mehr als drei nicht zum Haushalt gehörige Personen verabfolgt werden; c) wenn in einem Haushalt mit minderjährigen Kindern die Hausfrau selbst oder durch Krankheit an seiner Führung verhindert ist, oder wenn die Frau den Haushaltungsbedarf bildet und zugleich erwerbs- oder berufstätig ist.

Die Uebernahme der Steuererhebung von Alt-Berlin in städtische Verwaltung wird von der Versammlung beschlossen.

Gegen die Uebernahme des Anschlagwesens machen die Reichsparteien einen neuen Antrag. Die erste Lesung ist erfolgt, die zweite muß am Donnerstag stattfinden.

Das Schulideal der Patentchriften

Die „Germania“, die Philologen und Pausen

Zuf den vom Berliner Philologenverband angeregten Versuch der Berliner Oberschulbehörde, den Aufstieg Pausens in unter-

Schlagung, hat der Oberschulrat an die Oberschulbehörde eine Mitteilung ergoßen lassen, worin er sagt, daß sein Vorgehen nicht eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Schule, was die Herren zu behaupten beliebten, darstelle. Der Stadt, schreibt Pausen, wenn als der unterhaltenden Patronatsherrin der Schule keineswegs das moralische Recht abgesprochen werden, in Uebereinstimmung mit den staatlichen Organen auf die Gestaltung der inneren Schul-

Lebens einzuwirken. Wenn der Philologenverband dem Patronatsbesitz natürliche Recht verweigert, drückt er mit der Stadt und gefährdet das Schul- und Bildungswesen, an dem mitzuwirken er beabsichtigt ist, und die ihm folgenden Mitglieder verweigern ihren pädagogischen und wissenschaftlichen Bezug. Es erscheint ausgeschlossen, daß die Stadt Berlin an solchen Lehren irgendeiner inneren Interesse haben kann. Sie wird den engen und irreführenden Standesinteressen einer Beamten-

gruppe ihren ganzen Einfluß entgegenstellen. Diese energische Warnung paßt der „Germania“ nicht. Sie schreibt dazu:

Pausen leugnet, daß sein Vorkurs ein Eingriff in das Schul-

leben sei — alle logisch denkenden Pädagogen sind anderer Ansicht. Pausen wird dem Philologenverband vor, daß er das Schul- und Bildungswesen der Stadt gefährde. — Dabei ist er selbst als der Zustiegkommene der Störenfried. Pausen ent-

wirft sich darüber, daß sich die Philologen einer „neuen Gedankenwelt, von der jeder Einzige behauptet, daß sie ein Gesetz von Licht und Anstalt ist. Pausen droht alten verdienten Lehrern die Entfernung aus ihrer Stellung an — dabei hat er selbst erst einige Wochen in einem von seiner Partei vorbehaltenen Sessel. Pausen nennt den Schritt der Oberschul-

behörde, ohne daß ihm im mindesten das Verhängnis (für „Geburt“ dünnt).

Zum Schluß dieser Hilfsleistungen sucht das Zentrumblatt den Oberbürgermeister Böß gegen Pausen einzusetzen. Die Ger-

manifester wundern sich, daß der Oberbürgermeister eine solche Mitteilung in die „Nachrichten des Magistrats“ gelangen ließ. Wir wundern uns über die Haltung der „Germania“ nicht. Wir erinnern uns der ersten Besprechung Pausens mit den Pressevertretern, auf die wir mehrfach Bezug genommen haben. Damals war auch ein Vertreter der „Germania“ anwesend, und der Herr beteiligte sich an der Aussprache in sehr ausgeprägtem Maße. Er war in seinen Ausdrücken im allgemeinen sehr vorläufig und gab auch erst am Schlusse der Unterhaltung zu erkennen, was mittelalterlicher Geistes Kinder er zu vertreten hatte. Aber, da er durch Pausens Erwiderungen auf seine Einwände mehrfach in die Enge getrieben wurde, beging er einige Unvorsichtigkeiten. Er gab ziemlich unverhüllt zu erkennen, daß ihm die Schule vor allen Dingen eine Schule der Autorität ist, der Dogmenhaftigkeit und des Nutzengehorams, und daß es an einem gewissen abgewandten Mittel, das der Herr allerdings nur durch eine sehr deutliche Handbewegung, andeutete, dabei nicht fehlen dürfe. Wer so die christliche Nächstenliebe zur Grundlage der Schule macht, der kann allerdings die Schulgemeinschaft Pausens, die auf freier und freudiger Mitarbeit aller Beteiligten beruht, kein Verständnis haben. Er ist aber auch nicht berufen, am Aufbau der neuen Schule mitzuwirken, sondern soll sich mit seinen dogmengläubigen Konventikeln zurückziehen in eine verschwiegene Stätte, wo er den Geist der Vergangenheit getroßt weiterzuechten mag. Die Arbeiterklasse, die zu einer freien Schule steht, braucht diese dafelschwingernden Finsternisse nicht zu fürchten.

### Der Siegesjulen-Schwindel

Nach einem amtlichen Bericht soll es am Montag abend der Polizei gelungen sein, eine Reihe von Personen festzunehmen, unter denen sich wahrscheinlich (?) die Hauptschuldigen am Siegesjulen-Attentat befinden sollen. Die Verdächtigen waren, wie der Bericht meldet, schwer bewaffnet, sie sollen anwesend bei einer Beratung gewesen sein, die „eine vorbereitende Unternehmung zum Gegenstand hatte“. Die Festgenommenen sollen auch anderer Verbrechen dringend verdächtig und teilweise sogar schwer verurteilt sein.

Tatsache ist, daß von einer Verhaftung der „Hauptschuldigen“ nicht die Rede sein kann. Der Polizeibericht hält es nur für „wahrscheinlich“, daß es sich um die Hauptschuldigen am Siegesjulen-Attentat handeln könnte. Jedoch sind die Feststellungen über einen bloßen Verdacht noch nicht hinausgeronnen. Die Polizei scheint überhaupt nicht zu wissen, wie sie das angelegte Siegesjulen-Attentat am besten ausschließen kann. Reiflos ist vor allem die reaktionäre Presse, die anfänglich behauptete, Auslanders seien als Täter festgestellt und die dann, als sich diese Behauptung nicht mehr aufrecht erhalten ließ, von einem kommunikativen Massenmord-Attentat zu reden beliebte. Inzwischen hat nun die Polizei selbst wiederholt gemeldet, daß das Attentat allem Anschein nach nur fingiert gewesen sei und daß sich immer mehr der Verdacht verdichtet, als hätten es die Attentäter nur darauf abgesehen, eine fette Belohnung einzustreichen. Diesen Klatsch ist ja nun auch die Polizei und der Herr Entwaffnungskommissar durch die sofortige Auslegung einer großen Belohnung sehr weit entgegen-

kommen. Wir verlangen von der Polizei, daß sie endlich mit Bescheidenheiten und Mutmaßungen aufhört und positive Angaben macht, vor allem über die Personen, die die Dynamitkiste zuerst entdeckt haben wollen. Die deutschnationale Presse braucht Agitationsstoff, sie läßt von dem Versuch nicht ab, den Siegesjulen-Schwindel in ein politisches Attentat umzuwandeln. Die Polizei kommt durch ihre unklaren, im Uebertreibenden abgelesenen Berichte dem deutschnationalen Verlangen sehr entgegen. Gerade jetzt, wo durch das wilde Geschrei der „Roten Röhre“ jene Stimmung erzeugt ist, die die Reaktionen gebrauchen, könnte die Tatsache eines politischen Attentats den trefflichen Anlaß zu Ausnahmegeetzen und anderen Gewaltmaßnahmen bieten.

Will die Polizei den Reaktionen bei diesem Verlangen wirklich behilflich sein? Wir werden ihre Berichte, die bisher auf eine unwürdige Stimmungsmache hinausliefen, gründlich unter die Lupe nehmen!

## Baustein an Baustein!

Jeder neue Leser ein neuer Kämpfer für Eure Freiheit.

Gebt den Bestellschein weiter!

Auschnelben!

Hauptredaktion der „Freiheit“

Druckfache

Stm die

Berlin 62  
Breite Straße 8-9



Groß-Berlin

Bestätigte und nichtbestätigte Bezirksämter

Nach den bereits bestätigten und mitgeteilten Bezirksämtern Mitte, Tiergarten, Fallisches Tor, Charlottenburg, Schöneberg, Tempelhofer und Panthof sind noch bestätigt worden: Bezirksamt 10 (Zehlendorf): Bürgermeister: Dr. Köster, stellvert. Bürgermeister: Egidius Dr. Schumacher, Bezirksbauverordnungspräsident: Baurat Strenmüller und Magistratsrat: Studientrat Dr. Sandt, befoladete Stadträte: Stadtschreiber Matern; unbesoldete Stadträte: Rentant Hoge, Rechnungsrat Danwardt und Kaufmann Heising. Bezirksamt 12 (Sieglitz-Lichterfelde): Bürgermeister: Stadtschreiber Sembrot, stell. Bürgermeister: Magistratsrat Dr. Blath, Bezirksbauverordnungspräsident: Studientrat Dr. Venzig, Stadtschreiber: Studientrat Dr. Anders, befoladete Stadträte: Schöffe Dr. Pongner und Verbandssekretär Ahmann; unbesoldete Stadträte: Rektor Gerhards, Bürgermeister Braun, Obermeister Preuß, Geh. Rechnungsrat Windler, Reichsbeamter Bunge und Revisor Leimbach. Bezirksamt 14 (Neukölln): Bürgermeister: Schola, stellvert. Bürgermeister: Direktor des Wohnungs- und Arbeitsamts Radtke, Bezirksmedizinalrat: Arzt Dr. Silberstein, Bezirksbauverordnungspräsident: Jurist Stadtrat: Magistratssekretär Krumbö, befoladete Stadträte: Schriftsteller Schneider, Arbeitersekretär Treffert, Kassenersekretär Lude; unbesoldete Stadträte: Zahnarzt Freund, Angefallter Schröder, Gewerkschaftsbeamter Heitmann, Maurermeister Schuch, Studientrat Dr. Döhne, Rentner Niemez und Schlosser Grelowicz. Bezirksamt 16 (Cöpenick-Friedrichshagen): Bürgermeister: Stadtrat Dr. Frank, stell. Bürgermeister: Gewerkschaftssekretär Ehrlich, befoladete Stadträte: Bezirksmeister Herzst, Projektor Dr. Kah, Ingenieur Felix Linke, Schlosser Rante; unbesoldete Stadträte: Kaufmann Becke, Regierungsrat Heinrichs, Krankenkasseninspektor Wendig und Frau Lubitz. Nur teilweise bestätigt wurden folgende Bezirksämter, die — soweit nur die Bürgermeister oder einzelne Stadträte bestätigt sind, noch nicht arbeitsfähig sind: Bezirksamt 3 (Wedding): Bestätigt: Bürgermeister: Redakteur Axel Reid, sowie die sämtlichen unbesoldeten Stadträte: Stempel-fabrikant Zietemann, Bureaugehilfin Bertha Lungwitz, Gewerkschaftsangehelliger Kreisler, Zeichner Dör, Studientrat Prof. Dr. Kinde, Architekt Wilhelm Pfeiffer; nicht bestätigt: die sämtlichen befoladeten Stadträte: stell. Bürgermeister Lehrer Karl Kullisch, Werkzeughmacher Blaskat, Ingenieur Hans Rod, Sekretär Otto Fran, Angestellter Richard Schmidt und Gewerkschaftsangehelliger Felix Kreisler. Bezirksamt 4 (Prendelauer Tor): Bestätigt: Bürgermeister: Paul John, Redakteur, sowie die sämtlichen unbesoldeten Stadträte: Gastwirt Willi Hoffmann, Gewerkschaftsbeamter Günz, Kaufmann Alexander Fröhlich, Tapezierermeister Schmahl, Oberstadtschreiber Hermann Brauns und Lehrer Adolf Hülsh; nicht bestätigt: die sämtlichen befoladeten Stadträte: stell. Bürgermeister Gewerkschaftsbeamter Bauer, Techniker Rosemann, Redakteur Weber, Löffel Gehele und Banningenieur Schneider. — Der zum befoladeten Stadtrat gewählte Krankenkassenangehelliger Tilly hat die Wahl abgelehnt. Bezirksamt 5 (Friedrichshagen): Bestätigt: Bürgermeister: Gewerkschaftssekretär Paul Wilsch, stell. Bürgermeister: Arbeitersekretär Eugen Bräuner; nicht bestätigt: sämtliche befoladete Stadträte: Gewerkschaftsangehelliger (Schlichter) Kohn, Expedient Wilhelm Mann, Schlosser Will Hüneke, Gewerkschaftsangehelliger (Klempner) Leo Ostrowski, Gärtler Emil Klobi. — Die Bestätigung der unbesoldeten Stadträte ist ausgefallen, weil wegen eines formellen Einspruchs nach Ermittlungen beim Magistrat schwaben. Bezirksamt 15 (Temptow): Bestätigt: Bürgermeister: Gewerkschaftsangehelliger Julius Gunow, stell. Bürgermeister: Redakteur Karl Wermuth, die sämtlichen unbesoldeten Stadträte: Geometer Klapp, Krankenkassenangehelliger Bennenwig, Maurer Lemm und Gemeindevorstand Vink; nicht bestätigt: die sämtlichen befoladeten Stadträte: Parteisekretär Peters, Gewerkschaftsangehelliger Kiefer, Gastwirt Bengsch, Lagerverwalter Steiner und Krankenkassenangehelliger Lidde. Bezirksamt 17 (Lichtenberg): Bestätigt: Bürgermeister: Stadtrat Otto John; die befoladeten Stadträte: Schulrat Dr. Stangel, Stadtbaurat Dr. Ing. Glens, Stadtrat Wink, Kassenin-spektermeister Fischer, sowie die unbesoldeten Stadträte: Stadtschreiber Engler, Lehrer Köhler, Buchdrucker-Expedient Stimming,

Schuhmacher Kläner, Schlosser Torgler und Privatbeamter Hermann Weig; nicht bestätigt: stell. Bürgermeister: Rathenangehelliger Frh Thurm, befoladete Stadträte: Bildhauer Fein-zich Evers. Bezirksamt 18 (Weißensee): Bestätigt: stell. Bürger-meister: Schöffe Krankenkassenangehelliger Landmann, die sämt-lichen unbesoldeten Stadträte: Schlosser Ernst Andre, Lehrer Tschendorf, Hauptlehrer Frommont und Oberlehrer Willy Hejn; nicht bestätigt: Bürgermeister: Krankenkassenangehelliger Emil Wanklud, die befoladeten Stadträte: Handlungsgelhe Richard Pfeiffer, Gewerkschaftsbeamter Ernst Fischer und Kaufmann Edward Martin. Bezirksamt 20 (Reinickendorf): Bestätigt: Bürgermeister: Beigeordneter Stadtrat a. D. Reichhelm, sowie die unbesoldeten Stadträte: Schöffe Schwabedal, Schleifer Grafunder, Metall-arbeiter Alfred Schäfer, Rektor Kiemlin; nicht bestätigt: stell. Bürgermeister: Werkzeughmacher Selle, befoladete Stadträte: Zeitungspediteur Paul Hech, Buchdrucker Reinhold Fischer, La-sterer Frh Josef, Tiermaler Karl Reangla und Gewerkschafts-angehelliger Gustav Scharf. Verschieden ist die Bestätigung für folgende Bezirks-ämter: 8 (Spandau), wegen Einspruchs gegen die Gültigkeit der Wahl und polizeilicher Ermittlungen; sowie 9 (Wilmerdorf) wegen mehrerer bedingter Annahmeerklärungen. Soweit die Bestätigung nicht erteilt ist, müssen Neuwahlen von den Bezirksversammlungen vorgenommen werden.

Die Einführung der Bezirksamtsmitglieder Berlin-Mitte fand am Montag statt. Oberbürgermeister Boch hielt die Einführungs-spreche und verpflichtete den Bürgermeister Frh Schneider, der seiner-seits die übrigen Mitglieder verpflichtete.

Familiendramödie in Nikolassee

In der Sudetenstraße 52 in Nikolassee wurden die Portiers-leute Eggert sowie ihre beiden 20 und 22 Jahre alten Söhne tot aufgefunden. Man hatte seit Sonntag keines der Familienmitglieder mehr gesehen, und da am Montag die Zentralheizung in dem Hause nicht angeht, vermutete man einen Unfall. Am Nachmittag begaben sich zwei Beamte der Kriminalpolizei nach der Wohnung und öffneten die Tür gewaltsam. Sie fanden das Zimmer mit Gas angefüllt vor und die vier Personen, auf ihren Betten liegend, erstickt. Kräftige Hilfe war vergebens. Die Nachforschungen ergaben, daß die Familie in den Tod ge-gangen war weil eine Anzeiger wegen Diebstahls gegen die Frau bei der Polizei vorlag. Frau Eggert, die mit Frh Schneider handelte, hatte einem ihrer Mieter eine Tischplatte entwendet, auf der sie ihre Ware auf dem Markt in Nikolassee auslegte. Aus diesem Grunde beschloß der Mann, mit seiner Familie in den Tod zu gehen. Er öffnete am Sonntag vor dem Schlafengehen die Gas-hähne und ist mit seiner ganzen Familie, die sich sonst des besten Rufes erfreute, aus dem Leben geschieden.

Die Toten-Gedächtnisfeier in Groß-Westen. Zu einer imposanten, eindrucksvollen Kundgebung gestaltete sich die Gedächtnis-feier in Groß-Westen. Die Genossen und Genossinnen der Orts-gruppen Mittenwalde, Schenkenedorf, Welen, Klein-Westen, Groß-Westen, Königsmusterhausen, Willdorf etc. waren reiflos nebst vielen Freunden erschienen, um das Andenken der beiden ermor-deten Freunde und Genossen Artur Kettig und Gustav Fröhlich zu ehren. Am 20. 3. 20 hielten sie nebst vier Genossen aus Schen-kenedorf den mörderischen Kugeln zum Opfer. — Unter Vorantritt einer Musiktruppe, des Gelangvereins Musterhausen-Wildorf und der Kranz-Deputation legte sich der Zug nach dem Friedhof in Bewegung. Beim Gelang des Liedes „Ein Sohn des Volkes“ wurde der Gedächtnis-„Gedächtnisreden“ gehalten. Genosse Bombert hielt die Gedächtnisrede. Keine weinerlichen, sentimentalen Worte waren es, sondern anfeuernde, belebende Worte. Eine Mahnung, gleich den beiden Ermordeten alles einzusetzen für den Sozialismus, selbst das eigene Leben. Eine Kampfansage des Proletariats an die Reaktion. Aus den Augen der Genossen blinnte Kampfesmut und das Gelächern stieg empor, nicht zu rasten, bis der Sieg errungen. Umwehrende Gelänge- und Musikdarbietungen beendeten die eindrucksvolle Feier.

Jugendweihe in Pantow. Zum Sonntag hatte die U. S. P. D. ihre Schulkindern zur Jugendweihe eingeladen, diese Feier fand unter riefiger Beteiligung der hiesigen Bevölkerung statt. In feierlicher Sonntagsaufstellung, die Mädchen meist in weißen Kleidern, traten unter Harmoniumklängen die Kinder in die blumengeschmückte Aula des Lyzeums. Der Männergesangsverein „Liederfreund“ leitete die Feier mit dem Liebes „Kroni den Tag“ ein. Die Herren Frh Felix, Morau usw. leiteten die Aufmerk-samkeit der Zuhörer durch ein Trio in D-Moll von Felix Mendel-ssohn-Bartholdy. Die Freitriche und Jugendweihe hatte Gene-lle Stöckinger übernommen. In zu Herzen gehenden Wor-

ten zeichnete er den Kindern das Große und Schöne des Lebens auf, immer betonend, daß der Mensch nur durch ernstes Streben und eigenes Denken zu der Höhe heranreift, die der harte Kampf-fortschritt erfordert und das Große und Schöne erst recht begeten lehrt. Außerdem sagte er den Kindern, wie die Schulen hätten sein müssen, wo sie ihre Bildung erhielten, und wie sie leider noch immer sind. Er bot den Teilnehmern einen tiefen Einblick in die gesellschaftlichen Zusammenhänge unseres Lebens, freudig bewegt nahmen Kinder, Eltern und Gäste diese schlich-ten Worte in sich auf.

Hauspflege in Reinickendorf. Das Gesundheitsamt der Ge-meinde stellt Hauspflegerinnen zur Verfügung, die bei Erkrankung der Hausfrau an deren Stelle für einige Tagesstunden den Haushalt und die Kinder verwalten und der Kranken selbst die notwendige Abwartung angedeihen lassen. Dadurch soll verhütet werden, daß die Hausfrau, die ein Krankenhaus nicht aufsuchen kann, zu Hause ohne Pflege bleibt und ihre Arbeit vorzeitig wieder aufnimmt, ferner, daß die Kinder während der Krankheit der Mutter körperlich vernachlässigt werden. Unbemittelte erhalten die Hauspflegerinnen unentgeltlich. Von dem Haushaltungs-vorstand, der ein wöchentliches, steuerpflichtiges Einkommen von mehr als 200 M. hat, wird entsprechend der gesamten wirtschaflichen Lage pro Stunde eine Gebühr von 80 Pfg. bis 2 M. erhoben. Bestellungen sind mit genauer Angabe der gewünschten Tagesstunden schriftlich, telefonisch (Amt Reinickendorf 1300) oder mündlich an das Gesundheitsamt, Hauptstraße 46, zu richten.

Der 3. Distrikt nahm am Sonntag wieder seine Kinderbesuchen auf, die durch den Winter unterbrochen waren wegen Mangel an gutem Schuhwerk und guter, warmer Winterkleidung. Jetzt, wo die Luft schon wärmer ist, hatten sich die Kinder wieder eingefunden, mit Proviant reichlich versehen. Spielbälle waren mitgebracht worden. Wir Besetzer hatten halbe Fahrpreis-ermäßigung erwirkt. Tübend legen wir nach Grünau hinaus. Es wurde im Freien ein Feuer angezündet und das Mittagessen be-reitet und später Kaffee gekostet. Dann trafen sich die Jungen tüchtig aus. Die Mädchen, etwas feiner, trugten, spielten Kreis-tänze und sangen dazu. Die Kinderdankkommission hatte die Be-gleitung übernommen und etwas spät gingen heim. — Weil es so schön war, wollen wir wieder zusammen sein am Sonntag, zum Spielen auf dem Tempelhofer Heide. Treffpunkt: Chamisso-platz 4¼ Uhr. Die Helferinnen treffen sich auch dort.

Von Einbrechern niedergeschlagen, gefesselt und geknebelt wurde gestern früh das Dienstmädchen des Kammerjägers Kurt Sommer in dessen Wohnung in der Luisenparkstraße 27 zu Schöneberg. Kur-dadurch, daß die Überfallene bald darauf von ihrer Dienstherrin das aufgefunden wurde, ist sie dem sicheren Tode entgangen. Das Mädchen liegt jetzt noch schwer darnieder, so daß es nur kurz vernommen werden konnte. Eine Befundaufnahme ergab, daß die Einbrecher nur drei Ueberzieher vom Wohnungssturz mit-genommen hatten. Wahrscheinlich haben sie, als sie das Mädchen festsetzten, ein Geräusch gehört, und um nicht weiter überrascht zu werden, sind sie unter Zurücklassung der bereits zurückgelegten Beute davongelaufen. Auf die Ermittlung der Täter, nach den bisherigen Feststellungen sollen es zwei oder drei Mann gewesen sein, ist eine namhafte Belohnung ausgesetzt worden. Die Ein-brecher müssen mit den Sicherungsvorkehrungen an der Türöffnung genou Bescheid gemucht haben. Sie haben mit einem mitgebrachten Instrument durch den Briefeinwurf die Kinnel zurückgeschoben und dann das Türschloß mit einem Nachschlüssel geöffnet.

Der Raubmord bei Neuhof. Die Ermittlungen zur Aufklärung des Verbrechens an dem Landwirt Walter Gröblich haben noch nicht zur Feststellung des Täters geführt. Es haben sich inzwischen noch eine ganze Reihe von Leuten gemeldet, mit denen der Mör-der in Verbindung getreten ist. Der Mann muß am 2. März sehr früh aufgestanden sein und in der Nacht zum folgenden Tage, zum 3. März, nicht in der Wohnung gewesen sein. Wer über diese Veron, der nach einer von ihm selbst in einem Briefe ge-geneben Beschreibung ungefähr 1,50 bis 1,60 Meter groß ist, schwarzes, gefeiteltes Haar hat und einen grauen Hut und dunkelbraunen Ueberzieher getragen hat, irgendwelche Mittelun-gen machen kann, wird erlucht, sich umgehend bei Kriminalkom-missar Treutin im Zimmer 103 des Berliner Polizeipräsidiums zu melden.

Ein Zopfabschneider treibt wieder einmal sein Unwesen. Zuletzt ist er in Lichtenberg aufgetreten. Er benützt nicht nur, wie das solche Friseurskisten sonst zu tun pflegen, Gedränge, um Frauen und Mädchen ihres Haar Schmuckes zu berauben, sondern näher sich den Abzunutzen auch unter der falschen Vorpiegelung, ausgeschämmtes Haar kaufen zu wollen. Die Kriminalpolizei sucht den Unbekannten, gegen den von mehreren Seiten bereits Anzeigen ein-gekommen sind, bisher vergeblich. Er ist etwa 33 Jahre alt, hat dunkles Haar, das er links gescheitelt trägt und einen grohen, dunklen Schnurrbart und trägt einen dunkelblauen Jäckchenanzug, schwarze, halbe Schnürschuhe und einen schwarzen, weichen Filzhut. 7. Verwaltungsbereich Charlottenburg, Mittwoch abend 6 Uhr Fraktionsstung, Zimmer 304.

Sundert Prozent Die Geschichte eines Patienten Roman von Upton Sinclair Aus dem Manuskript übertragen von Hermann zur Meißner Copyright by Der Reichs-Vergleichen Berlin-Galante 1921

Keine Rücksicht mehr mit dem unarmherzigen Feind — Herz von unserem Rücken, oder geht zur Hölle! — Peter lauschte und dachte bei sich: „Armer Narr!“ Und dann erhob sich Donald Gordon, der junge Quäker, schütteste die schwarzen Loden zurück und begann eine Rede zu halten. Und Peter lauschte und dachte abermals bei sich: „Armer Narr!“ Ein anderer Mann, Redakteur an einer sozialisti-schen Zeitung, gestand, daß er eben einen Artikel verfaßt; er kenne Gussen und werde Gussens Bild veröffentlichen, ihn als „Inquisitor“ brandmarken. Er verlangte auch Peters Bild und Peter versprach, sich fotografieren zu lassen; unter Peters Bild sollten die Worte kommen: „Das Opfer des Inquisitors.“ Peter hatte keine Ahnung, was dieses lange Wort bedeutete, doch willigte er in alles ein, dachte nur immer: „Arme Narren!“ Sie waren alle Narren, regten sich über die Leiden anderer auf. Doch empfand Peter auch eine gewisse Angst; er konnte nicht umhin, sich seines plötzlichen Heldentums zu freuen, der Ge-danke behagte ihm, daß sein Name und sein Ruhm durch das ganze Land verbreitet werden würden, damit das orga-nisierte Proletariat erfahre, welche Methoden der Eisenbahn-trust von American-City anwendet, um einen bekannten Ar-beiterführer an den Galgen zu bringen! Das Ganze schien vor Peters erschrockenen Augen ins Ungeheuerliche anzu-wachsen. Peter die Ameise, fühlte, wie die Erde zittert, ahnte jählings die Bergesgröße der mächtigen Riesen, die lämpfend über seinem Haupt dahinstampfen. Peter fragte sich, ob Gussen erkannt habe, welches Aussehen seine Ge-schichte erregen würde, welche mächtige Waffe er mit ihr in die Hände der Feinde gebe? Was erwartete Gussen von Peter als Entschädigung für diese Gefährdung der eigenen Sache? Den jämmerlichen Reden in der kleinen Stube laufend, verspürte Peter ein immer heftiger werdendes Verlangen, fortzulaufen. Noch nie hatte er Menschen ge-sehen, die sich derartig in Wut hineintrieben, noch nie Rech-nisches gehört, wie die lurchbaren Dinge, die sie aussprachen, die Anklagen, die sie nicht nur wider die Polizei von Ameri-can-City sondern auch wider die Gerichte, die Presse, die Kirche und die Hochschulen schleuderten, wider alles, was geliebte Bürger wie Peter Gudge admetenswert und heilig war. Peters Angst begann offensichtlich zu werden, doch deutete dies ganz natürlich. Andrews, der Advokat, schlug vor, ihn mitzunehmen und zu verbergen, damit die Gegner ihn nicht aus dem Wege räumen. Peter werde im Prosekt Goover

ein wertvoller Zeuge sein, dürfe sich keiner Gefahr aussetzen. Doch erlangte Peter seine Selbstherrschung wieder und spielte die edle Rolle. Nein, er werde gleich den anderen alles wagen, fürchte sich nicht allzu sehr. Sadie Todd, die Stenographin, belohnte seinen Helbenmut. In ihrem kleinen Helm gab es ein leeres Schlafzimmer, wenn Peter bei ihnen bleiben wolle, so würden sie ihr Möglichstes tun, um gut für ihn zu sorgen. Peter nahm die Einladung an, und zu später Nachtstunde zerstreute sich die Gesellschaft. Die verschiedenen Gruppen der Roten gingen ihre eigenen Wege, mit geballten Fäusten und entschlossenen Gesichtern, die verlierten, sie würden Peters Geschichte benötigen, um das unzufriedene Proletariat in neue Aufregung zu peitschen. Die Männer brückten beim Abschied herzlich Peters Hand, die Frauen blickten ihn liebevoll an, führten ihre Bewun-derung für sein tapferes Verhalten, ihre Hoffnung, ja Ueber-zeugung, er werde bis zum Ende der Wahrheit treu bleiben, ihre Ideen studieren und sich der Bewegung anschließen. Und Peter dachte, sie beobachtend, bei sich: „Arme Narren!“

## Gewerkschaftliches

### Kommunistische Heldengestalten

Die „Rote Fahne“ zieht aus dem verunglückten Streik in Döberitz, der auf dem Verhandlungswege hätte erledigt werden können, der durch kommunistische Elemente aber auf die Spitze getrieben wurde und die den Zusammenbruch verschuldeten, leitenden Arbeiter ihre berühmten „gelben“ Angriffe gegen die Gewerkschaften und ihre Funktionäre.

Welche Heldengestalten aber die der „Roten Fahne“ nahestehenden Elemente sind, geht aus einem am 2. März 1921 erschienenen Brief eines ehemaligen Betriebsratsmitgliedes, Hermann Arck in Anaplad, Frankfurter Str. 123, hervor, den er an die A. G. für Stiefkloßbänder in Anaplad richtete. Der Brief ist vom 3. März 1921 datiert und enthält u. a. folgende hübsche Stellen:

„Als Familienvater der großen Familie, welche hier in Anaplad leidet, und seit gar keine Möglichkeit findet, irgendwas einzubringen, um auf einem Standpunkt zu verharren, welche zur Befreiung der gesellschaftlichen Gegensätze immer mehr beiträgt. Aus diesem Grunde und gleichzeitig wegen fortgesetzter und unerbittlicher Angriffe einer politischen Tageszeitung habe ich am Dienstag, den 1. März d. J., meinen Austritt aus der politischen Partei erklärt. Mit diesem Schritt habe ich so lange gewartet, bis die Situation für jeden Teilnehmer im Streik geklärt war.“

„Ich trete nunmehr mit der Bitte an die Direktion heran, mich als betriebstechnisch notwendigen Arbeiter (bin gelernter Schlosser) als Reparaturschlosser in irgend einem Betriebe einzustellen und verpflichte mich hierdurch, meine Arbeiten mit Fleiß und Genauigkeit auszuführen. Auch soll es fortan mein Bestreben sein, allen sich zeigenden unlauteren Görungen mit aller mir zu Gebote stehenden Energie entgegenzutreten.“

„Da meine Familie zur Zeit zusammengebrochen ist, ersuche ich hierdurch höflich, mein Bewerbungs schreiben mit einem bescheidenen Bescheid zu beantworten.“

So klappen die Heldengestalten zusammen, wenn es ihnen persönlich an den Krügen geht. Vom Genie zum Freilicht ist es nicht weit und vom Redaktionsleiter zum — sich anbietenden Spindel führt manchmal eine gerade Linie. Wie wir hier leben.

Die Moskauerlinge werden aber weiter ihre Unfähigkeit durch Reden verdecken.

### Streik der Handelshilfsarbeiter

Am Montag, nachmittags, hatte der Schlichtungsausschuss eine unerbittliche Verhandlung angelehrt, um von den Arbeitgebern zu hören, ob sie sich ebenfalls dem am 9. d. M. gefällten Schiedspruch unterwerfen. Herr Grünfeld als Vertreter der Arbeitgeber konnte keine verbindende Erklärung abgeben, er war vielmehr der Meinung, daß die Arbeitgeber jedenfalls den Schiedspruch ablehnen, da die Arbeiter in einem wilden Streik eingetreten sind. Die Vertreter des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes wiesen diese irrtümliche Auffassung zurück und erklärten, daß die Arbeitseinstellung ordnungsgemäß und unter genauer Beachtung der statutarischen Bestimmungen vorgenommen worden ist. Nicht die Arbeiter haben den Kampf gemacht, sondern die Arbeitgeber haben durch ihr Verhalten den Handelshilfsarbeitern den Kampf aufgezwungen. Schon am Freitag hatten die Arbeitgeber alle Vorbereitungen getroffen für einen Streik. Formulare, die die freilose Kündigung ausprägen, wurden an die einzelnen Betriebe verteilt. Diese Formulare sind heute den Streikenden per Post zugehört worden, die sich aber durch solche Mittel nicht behindern lassen, den Kampf geschlossen weiterzuführen. Nur bei der Firma H. Metzheim, Leipziger Str., haben sich einige Streikbrecher gefunden, die aber bei der großen Anzahl der Streikenden gar keinen Einfluß auf die Bewegung ausüben können. Wichtigster zu beachten ist, daß die Arbeit, die bisher von den Handelshilfsarbeitern verrichtet wurde, von den kaufmännischen Angestellten ausgeübt wird. Wir appellieren deshalb an die Solidarität und Unterstützung der kaufmännischen Angestellten.

Heute Mittwoch um 3 Uhr findet im Gewerkschaftshaus eine Streikversammlung statt.

### Staatsbetriebe sollen Musterbetriebe sein

Uns wird geschrieben:

Die Arbeiter des Reichsbahnvermögensamts Döberitz führen seit Herbst vorigen Jahres mit dem Reichsfinanzministerium einen Kampf wegen Einziehung in die Ortsklasse A. Bis 1. Juni 1920 wurden diese Arbeiter nach denselben Lohnsätzen wie die in Potsdam entlohnt. Bei den letzten Lohnverhandlungen im Oktober d. J. konnte über die Eingruppierung der Döberitzer Arbeiter eine Einigung zwischen den vertragschließenden Parteien nicht erzielt werden. Während das Finanzministerium daran festhielt, die Arbeiter nach Ortsklasse B zu entlohnen, bestanden die Organisationsvertreter auf Ortsklasse A, weil Potsdam ebenfalls in A eingruppiert worden war. Man kam schließlich überein, für Döberitz besonders zu verhandeln. In einer Eingabe wurde Gleichstellung mit den in Berlin gezahlten Löhnen verlangt, der sich das Vermögensamt Döberitz befürwortend angeschlossen. Aber der zuständige Ressortvertreter, Herr Ministerialrat Dr. Schilling, steht auf dem Standpunkt, lieber die Arbeiter an Privatfirmen zu vergeben, als das Prinzip der Ortsklasseneinteilung zu durchbrechen.

Zurzeit wird eine große Reinigung des Döberitzer Lagers vorgenommen, wozu 2 1/2 Millionen Mark bewilligt sein sollen. Das Finanzministerium hat tatsächlich diese Reinigungsarbeiten einem Privatunternehmer Ollas aus Hinfentrag übergeben. Derselbe ist dabei in der Lage, seinen Arbeitern, die in Hinfentrag und Seefeld wohnen, die Stunde 6 M. zu zahlen, während das Finanzministerium, um nicht das Prinzip zu

durchbrechen, denjenigen Arbeitern, die es selbst in dem Lager beschäftigt, und die zum größten Teil in Berlin wohnen, nur 4,80 M. pro Stunde gewährt! Bei der Instandsetzungswerkstatt der Schuppstraße werden 50 Arbeiter entlassen, während 10 000 reparaturbedürftige Helme ebenfalls einem Privatunternehmer übergeben wurden. Die Erregung unter den Reichsbahnarbeitern ist groß; will das Finanzministerium nicht, daß die Arbeiter in Döberitz zum letzten Mittel greifen, muß es schnellstens seinen Standpunkt revidieren.

Das sind ja recht merkwürdige Methoden des Finanzministeriums, die moralisch und ökonomisch äußerst ansehbar sind, und die, an geeigneter Stelle, nach einer gründlichen Aussprache geradezu schreiben.

### Transportarbeiter-Betriebsräte-Versammlung

Am 18. März tagte in Hanerlands Feststätten die Ballbergsammlung der Betriebsräte, Arbeiterräte und Betriebsobleute der Eisen-, Galanterie-, Kurz- und Spielwaren-, Export- und Alabasterbranchen.

Kollege Barati vom D. T. A. A. erstattete Bericht. Die Neuwahl des Branchenratsausschusses hatte folgendes Ergebnis: Georg Adler als erster und Friedrich Kurawski als zweiter Vorsitzender; Paul Müller als Schriftführer; Max Behrend, Edmund Peters, Adolf Bierzbinski, Albert Fuchs und Karl Schulz als Beisitzer. In einer Resolution wird verlangt, daß die zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aufgestellten 10 Punkte auch zur Durchführung gelangen sollen, und erwartet man von der Betriebsrätezentrale insbesondere ein initiatives Vorgehen. Ein Protest wegen der Nichtbefähigung des Koll. Richter als Betriebsratssekretär wurde ebenfalls einstimmig angenommen. Koll. Adler rief zum Schluss den besten Besuch und tief zur Einheit und zum Zusammenschluß auf.

### Vergleichsabschluss

Am 14. März haben wir vor dem Demobilisierungskommissar mit den Arbeitgeberverbänden des Holzhandels einen Vergleich abgeschlossen, nachdem der G. A. A. seinen Wert darauf zu legen schien, die Verhandlungen ebenfalls zu führen und der G. D. A. in denselben durch Abwesenheit glänzte. Es wurde festgelegt, daß der ursprüngliche Rahmentarif weiter bestehen soll und daß die neuen Gehaltsätze mit Wirkung ab 1. März bis 30. September 1921 Geltung haben. Es wurden folgende Gehaltsätze vereinbart: für die ungelerten jugendlichen kaufmännischen Angestellten kommt ein Gehalt von 300—600 Mark in Frage, für die Gruppe I a 675 M., für die Gruppe I b 725 M., Gruppe II 850 M. und Gruppe III erhält als Minimum 1125 M. Weibliche Angestellte erhalten 85 Prozent dieser Sätze. Wir haben diesen Vergleich deshalb abgeschlossen, weil uns und auch den Angestellten des Holzhandels die Entscheidungen des Demobilisierungskommissars bekannt sind, welcher nur dann einen Schiedspruch für verbindlich erklärt, wenn eine Notwendigkeit zum staatlichen Eingreifen vorliegt und das Wirtschaftsleben durch einen voll. Streik gefährdet ist. Es muß den Angestellten in aller Deutlichkeit gesagt werden, daß wir zu dem letzten Mittel im Holzhandel noch lange nicht greifen können, weil der übertriebene Reiz der gewerkschaftlichen Erziehung fehlt und sie noch immer jenen Verbänden nachläßt, welche wohl radikale Forderungen aufstellen vermögen, am Verhandlungstisch aber vollständig verlegen. Zentralverband der Angestellten, Fachgruppe Holz, Sekt. Holzhandel, Berlin SW. 61, Belle-Alliance-Straße 7-10.

### Zur Lohnbewegung der Mühlenarbeiter

In der am Sonntag stattgefundenen Mühlenarbeiterversammlung gab Schmitt den vom Schlichtungsausschuss gefällten Schiedspruch bekannt. Der Lohn soll betragen: für Walzenführer, Müller, Säder, Sädträger, Mahlmisler, Feiler, Handwerker aller Art, Walzenrisler und Aufscher 300 Mark; für Bodenarbeiter, Kofferreiner, Kohlenreiner und alle anderen männlichen Arbeiter 200 Mark; und für Frauen 190 Mark die Woche. Die erhöhten Löhne sollen ab 16. März 1921 in Geltung treten. Gleichfalls treten alle übrigen Bestimmungen des Tarifvertrages mit Wirkung ab 16. März 1921 wieder in Kraft. Eine Resolution fand einstimmig Annahme, die besagt, daß die Mühlenarbeiter mit dem Schiedspruch nicht zufrieden aber bereit sind, diesen anzunehmen und erwarten ebenfalls die Annahme desselben seitens der Unternehmer. Andernfalls werden die Mühlenarbeiter den Kampf mit allen zu Gebote stehenden Mitteln aufnehmen und durchführen.

### Delegiertentag der Chorfänger und Ballettmitglieder

In der Zeit vom 18.—19. März tagte im „Haderbräu“ in Cassel die 21. Generalversammlung des Verbandes. Den geschäftlichen Teil der Tagesordnung erledigte die Generalversammlung am ersten Tage. Die Hauptdebatte drehte sich um die Theaternot der deutschen Städte, um die Verringerung des Chor- und Ballettpersonals und die Sucht, die gekulten Künstler durch Extratour zu verdrängen. Dagegen machte die Generalversammlung entschiedene Front. Ueber den geäußerten Wunsch eines Normaltarifes für alle Theater, der bis 1924 läuft, gab es wenig Diskussion. Ueber das Schlichtungswesen, die geschäftlichen Vorarbeiten für Theater usw., gab Syndikus Dr. Max Kaufmann-Mannheim weitgehende Aufklärung, die Stellung des Personals vertrat in einem zweiten Referat Konowowski-Stettin. Die Aussprache drehte sich hierbei besonders um die Unzulänglichkeit des Betriebsrätegesetzes, das die Theaterangestellten in bestimmten Punkten im Stiche läßt. Die große Not der Mitglieder kam bei dem Punkt Stellennachweis zur Sprache. Von den weiteren Verhandlungen sind erwähnenswert, daß eine Erhöhung der Unterstützung vorgenommen, die Beiträge jedoch nicht verändert wurden. Die Neuwahlen brachten keine Veränderung in der Besetzung der Verwaltungskörperschaften. Zum Schluß gab es noch eine Auseinandersetzung, in welcher Form die Frage der Großorganisation erledigt werden soll. Der Verband

gehört seit 1917 dem Deutschen Gewerkschaftsbund, neuerdings aber auch der A. G. In letzten Tage hielt man in Großmann-Berlin vom Gewerkschaftsbund und der Vorherrsche Friedebach-Mannheim Vorträge mit dem Ergebnis, daß einstimmig beschlossen wurde, in dem A. D. G. B. zu bleiben und vom 1. April 1921 aus der A. G. auszuscheiden.

Damit waren die Geschäfte des Verbandstages erledigt. Es ist erfreulich festzustellen, daß der gewerkschaftliche Gedanke auch unter diesem künstlerischen Personal immer mehr an Boden gewinnt.

### 33 Millionen Gewerkschaftsmitglieder

Durch die englische Arbeiterpresse macht zurzeit eine interessante Statistik über die Zahl der organisierten Gewerkschaftsmitglieder aller Länder die Runde. Danach zählte man zu Ende des Jahres 1910 in 20 Ländern 10 880 000 Gewerkschaftsmitglieder, eine Zahl, die sich zu Ende des Jahres 1919 auf 32 680 000 gesteigert hat. Das gewaltige Anwachsen der internationalen Gewerkschaftsbewegung, kommt am anschaulichsten in den Ziffern zum Ausdruck, aus denen die Zunahme in jedem einzelnen Lande ersichtlich ist. Danach zählten an Gewerkschaftsmitgliedern im Jahre 1919: Großbritannien 8 624 000, 1910: 2 400 000; Deutschland 2 000 000, 1910: 2 950 000; Vereinigte Staaten von Nordamerika 5 607 000, 2 100 000; Frankreich 2 500 000, 977 000; Italien 1 800 000, 817 000; Belgien 730 000, 139 000; Schweden 625 000, 154 000; Dänemark 360 000, 124 000; Schweden 330 000, 115 000; Norwegen 144 000, 47 000; Finnland 41 000, 15 000; Schweiz 224 000, 75 000; Spanien 211 000, 41 000; Österreich 772 000, 200 000; Ungarn 300 000, 80 000; Tschechoslowakei 657 000, 100 000; Kanada 375 000, 120 000; Australien 628 000, 302 000; Neuseeland 100 000, 57 000; Südafrika 20 000, 7000. In der deutschen Ziffer ist zu bemerken, daß in ihr neben den reinen Arbeitergewerkschaften auch die Gewerkschaften der Angestellten enthalten sind.

### Aus den Organisationen

Mittwoch, 23. März.

- 1. Döberitz, Kommunale Kommission, abends 7 Uhr, Sitzung bei Schweißsch, Alte Jochstraße 24. Ergeben alle Mitglieder dringende Notwendigkeit.
- 2. Döberitz, 1. Abteilung, Ernteschloß, Lichtenhainstr. 3.
- 3. Döberitz, 4. Abteilung, Gemeinlicher Ernteschloß bei Meißel, Lindenbäume Str. 21.
- 4. Döberitz, Kommunale Kommission, alle Mitglieder müssen an der Versammlung des Betriebsrats, Schulhaus, Eisenbahnstr. teilnehmen.
- 5. u. 16. Döberitz, Postapostamt, abends 8 Uhr, abends, Wilmstr. 66, Gensersdorfer Straße.

Donnerstag, 24. März.

- 1. u. 2. Döberitz, Bildungsamt, abends 8 Uhr, Schweißsch, Alte Jochstraße 24-25.
- 1. u. 2. Döberitz, Gemeinliche Sitzung der ersten Roten und des Bildungsamtes, abends 8 Uhr bei Schweißsch, Alte Jochstraße 24-25.
- 3. Döberitz, Arbeitsgemeinschaft, bei Gollas, Rurmer Straße.
- 4. Döberitz, Arbeitsgemeinschaft, Komitee für den 1. Mai trifft sich abends 7 1/2 Uhr bei Braun, Meißelbäume Str. 24.
- 5. Döberitz, abends 7 1/2 Uhr bei Meißel, Meißelbäume, allgemeine Familienkonferenz.

Freitag, 25. März.

- 1. Döberitz, Komm. 9 1/2 Uhr, Beschlusseckung bei Meißel, Meißelbäume, 76. Tag. Am Charfreitag findet auf dem Lager Friedhof die Gedenkfeier für die in den demobilisierbaren Kämpfen gefallenen Opfer des Kampfes statt. Die Gedenkfeier beginnt um 10 1/2 Uhr vormittags bei dem Lokalverband, Berliner Str. 34. — Die Jugendweibe für Tagel und Ungehörig findet am 1. Freitag, nachmittags 10 Uhr, in der Kasse der Handelshilfsarbeiter statt.

### Verinskalender

Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Groß-Berlin. Das Ortsbureau bleibt wegen der Osterfeiertage in der Zeit vom Freitag, den 25. bis Montag, den 28. März 1921, geschlossen!

Mittwoch, 23. März.

- Zentralverband der Arbeiter, Konfirmanden und verwandten Berufsgruppen. Abends 7 Uhr im großen Saal der „Neuen Welt“, Schöneberg 108-114, große öffentliche Versammlung aller in Potsdam Groß-Berlin Beschäftigten (Kadaver, Konfirmanden, Festfestsänger, Musikanten, Kaufleute).
- Transportarbeiter, Kadaver, 10 Uhr, findet in Sportplatz Potsdam, Neue Straße, Kadaver 10, Eingang Kadaver, Saal 1, aber Vertretersammlung des Personals der A. G. Bregal statt. Erscheinen aller Angestellten erforderlich. Der Betriebsrat.
- Verband der Schreiner und Tischlerarbeiten (Gruppe Handelshilfsarbeiter). Theodor 7 1/2 Uhr, Hoyerlands Feststätten, Berlin C., Neue Jochstraße 24, Gruppenversammlung.
- Deutscher Berliner-Verband, Vertrauensleute-Sitzung der Chemischen Industrie, abends 7 Uhr bei Dohle, Kopernikusstr. 17.
- Zentralverband der Hutmacher, abends 8 1/2 Uhr, Mitglieder-Versammlung, Meißelbäume Str. 11-12. — Schaulden-Veranstaltung, abends 7 1/2 Uhr nachmittags, Mitglieder-Versammlung im „Alten Kessel“, Kadaver, 11.

Donnerstag, 24. März.

- Deutscher Transportarbeiter-Verband, Handelshilfsarbeiter und Arbeiter aller Branchen der Damer, Mühlens und Finiers-Reaktion, nachmittags 5 1/2 Uhr, im Lokal von Karl Wille, Fohler, 29, wichtige Gruppenversammlung.
- Internationaler Bund der Arbeiter, Ortsgruppe, abends 8 Uhr, Angelegte Begrüßungsversammlung findet sich am 1. April, im Freihaus, Kadaver.

### Lebensmittelkalender

Berlin. In den hiesigen Verkaufsstellen kommt in dieser Woche außer anderem Schmelzfleisch zum Preise von 15, 40 Mark und noch frisches Rindfleisch zum Preise von 7, 75 Mark (Suppenfleisch) bis 11, 70 Mark (Hühnerfleisch) und getrocknetes Hammelfleisch zum Preise von 12, 10 Mark, und was alles ohne Marken, voraus der Qualität besonders günstig, zur Ausgabe. — Am Mittwoch, den 23. d. Mts., werden die 1/2 und 1/4 Liter Krankearten voll beliefert. Am Donnerstag, den 24. März, werden die 1/2 Liter Krankearten voll beliefert, die 1/4 Liter Krankearten erhalten keine Milch. Am Freitag, den 25. und Sonnabend, den 26. März, werden die 1/2 und 1/4 Liter Krankearten voll beliefert.

**Limanol** vorzüglich bei rheumatischen Erkrankungen. Zu haben in den Apotheken.

**Tätowierungen, Warzen, Venerische** entfernt ohne Schmerz täglich von 10-5 Uhr, Sonntags von 10-12 Uhr. **CUSLER, Schloßstraße 10.** (Nähe Berliner Bahnhof).

Die sparsame Hausfrau verwendet im Haushalt nur die täglich frisch bereitete und gestiefte erstklassige

# Bolle-Margarine

da dieselbe vorzüglich im Geschmack und sehr ergiebig ist.

Erhältlich in allen einschlägigen Geschäften und in unseren Verkaufsstellen sowie an unseren Verkaufswagen.

# Der Prozeß gegen Hauptmann von Kessel

## Wie Weismann und Noske hinter den Kulissen arbeiteten

Sechster Verhandlungstag.

In der gestrigen Verhandlung wurde der Staatskommissar für die öffentliche Ordnung Geheimrat Weismann vernommen. Er schilderte zunächst seine Hilfe beim Zusammenkommen eines Marlohschen Beirats über die Entscheidung in der französischen Strafe und betont, daß er lediglich, um Oberst Reinhardt einen Gehalt zu tun, und nicht in seiner Eigenschaft als Staatsanwalt, sich dazu bereit erklärt habe. Marloh, der sehr nervös war, beim Aufstehen des Beirats zu helfen. Für ihn als Juristen habe es nach der Darstellung Marlohs festgestanden, daß Marloh in Putativnotwehr gehandelt habe. Weismann erklärte dann weiter: Ich habe es immer für einen Wahnsinn gehalten, diesen Marloh-Prozeß zu führen und sehe auch nicht an, das heute noch zu erklären. Als Staatsanwalt führe ich keinen Prozeß, der mit einer Freisprechung enden muß, die dann erst recht die Wogen der Erregung hochgehen läßt. Das Publikum wird nie verstehen, daß 20 Menschen zu Unrecht getötet worden sind.

Ich habe diesen Prozeß für einen Wahnsinn gehalten.

Man vergißt heute sehr leicht, daß Berlin damals ein Pulverfaß war, daß mit dem Neuausbruch der Revolution gerechnet werden mußte. Wenn ich der Staatsanwalt gewesen wäre, und Marloh keine Darstellung über den Vorfall vor einem Schwurgericht gegeben hätte, dann wäre das für mich die gegebene Freisprechung gewesen. (Auch, wenn ein Arbeiter 20 Soldaten erschossen hätte? Die Red.) Hauptmann v. Kessel war damals öfter bei mir. Ich kann mich nicht jeder einzelnen Unterredung und jeder Einzelheit entsinnen, aber sicherlich werde ich Herrn v. Kessel oft auseinandergesetzt haben, daß der Marloh-Prozeß ein Wahnsinn sei. Es ist mir durchaus erklärlich, daß Kessel sich durch meine Erklärung bestimmen ließ, an Marlohs Flucht zu arbeiten. Ich habe weder von Marlohs Flucht, noch von seinem Wiederkommen etwas gewußt. Ich rechnete mit einem legalen Einsetzen des Verfahrens durch das Kriegsgericht. Wenn ich Staatsanwalt des Kriegsgerichts gewesen wäre, hätte ich das Verfahren eingestellt. Ich habe nie ein Hehl daraus gemacht, daß ich die Führung des Marloh-Prozesses für

einen politischen und strafrechtlichen Unsinn

gehalten habe. Wenn Herr v. Kessel dem Marloh zur Flucht verholfen hat, so bin ich der Überzeugung, daß er dies lediglich getan, um damit dem Reich zu dienen. Ich konnte am besten beurteilen, welche ungeheuren Verdienste Reinhardt und Kessel sich damals erworben haben. Diese Leute haben Berlin gerettet. Das vergißt man heute sehr leicht, und man bewirft diese Herren heute mit Rot und Dred.

Borl. (zum Angeklagten): Sie haben nun aber doch gesagt, Geheimrat Weismann hätte Ihnen gegenüber wiederholt den dringenden Wunsch ausgesprochen, daß Marloh verschwinde? — Angekl.: Das habe ich auch so in der Erinnerung. Ich werde mich deshalb nicht mit Herrn Weismann herumstreiten. (Was glauben wir. Die Reaktion.) Andere Gespräche waren damals ohne Zeugen. — Borl.: Sie haben am ersten Tage des Prozesses gegen Geheimrat Weismann doch schwere Vorwürfe erhoben, und zwar in seiner Abwesenheit. Wollen Sie ihm gegenüber dieses jetzt wiederholen? — Angekl.: Ich bleibe absolut bei meiner Aussage. Ich hatte den Eindruck, daß Weismann den Prozeß unter allen Umständen verhindern wollte. — Zeuge Weismann: Ich finde auch keinen Widerspruch zwischen meiner Aussage und den Bekundungen des Angeklagten, v. Kessel hat eben diese Ansicht meinen Gesprächen entnommen. — Dr. Wisberg: Der Angeklagte behauptet, Sie hätten damals immer wieder die Anweisung gebraucht: „Kessel, den Marloh-Prozeß überleben wir alle nicht.“ — Zeuge: Ich habe sowohl Kessel, wie auch anderen Herren gegenüber immer wieder betont, daß dieser Prozeß zu einer Einstellung führen werde. Die Erfahrung hat mir auch recht gegeben. Schlagen Sie doch die Zeitungen an, die „Freiheit“ und die „Kölnische Rundschau“. Noch immer spult dort der Marloh-Prozeß. Ich habe keinen politischen Prozeß geführt, der unnützig war und zu einer Freisprechung führen mußte. Ich habe nur eine Freisprechung erlitten und zwar in dem Prozeß gegen die Mitglieder des roten Soldatenbundes und dieses Urteil wurde aufgehoben und die Leute später verurteilt. — Borl.: Das stimmt wohl nicht. Das Verfahren mußte wegen Amnestie eingestellt werden. Außerdem darf ich wohl an den Ledebour-Prozeß erinnern. — Zeuge G. Weismann: Den habe ich nicht geführt. — Borl.: Wir alle hier im Saal haben Ihren Namen, den des Polizeipräsidenten Ernst und des Hauptmanns Pabst von dem Angeklagten gehört, als die Namen derjenigen, die nicht nur den Wunsch hatten, daß der Prozeß Marloh nicht stattfinden, sondern daß Marloh fliehen solle. — Zeuge: Ich habe mich zuerst gewundert, als ich das in der Zeitung las, aber ich habe den Angeklagten verstanden. Er wird angegriffen und muß sich verteidigen. — Angekl.: Ich betone mit aller Bestimmtheit, daß ich das, was ich hier ausgesagt habe, mir anderthalb Jahre sehr wohl überlegt, und daß ich nicht ein Wort zurück gesagt habe. Weismanns Worte waren damals nicht anders zu verstehen. Es war damals ein kritischer Punkt, der Ledebour-Prozeß wurde verhandelt und Friedensverhandlungen standen vor der Tür und deshalb wurde von allen Stellen auf mich eingewirkt,

daß dieser Prozeß jetzt nicht stattfinden dürfe und daß, wenn es nicht anders gehe, Marloh weg müsse. Herr Geheimrat, ich habe doch auch mit Ihnen darüber gesprochen, aus welchen Ländern Marloh, wenn er ins Ausland gehen sollte, wegen seiner Straftaten eventuell ausgeliefert werden könnte? Und wir haben auch darüber gesprochen, daß nur die südamerikanischen Länder für Marlohs Flucht in Betracht kommen. — Zeuge Rat Weismann: Ich erinnere mich absolut nicht daran, und ich glaube das auch nicht. — Angekl.: Nein, nein, Herr Geheimrat, ich weiß es ganz genau, daß ich mit Ihnen darüber gesprochen habe. — Zeuge: Ich kann mich nicht, daß Sie mir noch damals ein Buch über die Auslieferungsverträge gegeben haben? — Zeuge: Ich kann mich nicht entsinnen. Hierauf äußert sich Marloh zu den Verhandlungen Geheimrat Weismanns und erklärt, er sei in den Berichten nur deshalb von der Wahrheit abgewichen, weil Kessel und Reinhardt darauf hingewiesen hätten, er könne auf Putativnotwehr nicht stolz kommen. Kessel habe damals auch noch erklärt, Weismann habe in Bezug des Zumbrotischen Berichtes gelagt:

„Der dumme Junge verzicht es nicht“.

Zeuge G. Rat Weismann bestrittet ganz entschieden, diese Äußerung getan zu haben. — Kriegsgerichtsrat Meyer: Im öffentlichen Interesse möchte ich folgende Erklärung abgeben: Eine Einstellung des Verfahrens gegen Marloh kam nicht in Frage. Es fanden hierüber wohl Ermahnungen statt, aber nach der Flucht Marlohs hatte ich mit dem Gerichtsherrn und General Püttwig eine Konferenz, in der wir uns klar wurden, daß das Verfahren unbedingt durchgeführt werden müsse. Es hätte sich sonst, wenn ich mich so ausdrücken darf, ein riesiger „Stau“ erhoben. Ohne die Durchführung des Verfahrens hätte auch die Entscheidung für die Hinterbliebenen der Erschossenen gar nicht weitergeführt werden können. Ich war mir der Schwäche der Anklage gegen Marloh wohl bewußt und ich habe höheren Ortes auch durchblicken lassen, daß ich nicht an eine Verurteilung glaubte. Das ganze Verfahrenssystem, das damals jedoch betrieben wurde, trug nur dazu bei, um das Verfahren unbedingt in Fluß zu bringen. Vor der Flucht Marlohs schwante ich, ob ich überhaupt das Verfahren eröffnen solle oder nicht.

Borl.: Es ist sehr behauerlich, daß wir zu diesem Punkt nicht auch den früheren Polizeipräsidenten Ernst hören können. Aber seine Gattin teilt mit, daß er in Oberbairischen Weisk und erst morgen zurückkommt. — Rechtsanwalt Wisberg: Ich bitte, mir die Frage zu beantworten, ob der damalige Reichswehrminister Noske Ihnen nicht auch erklärt hat, daß der Marloh-Prozeß unbedingt verhindert werden müsse. — Geheimrat Weismann: Ich erinnere mich nicht, daß Herr Noske sich in dieser präzisieren Form geäußert hat. Er stand allerdings auch an meinem Standpunkt und sah es für ein Unglück an, daß in den damaligen aufgeregten Zeiten der Marloh-Prozeß zur Verhandlung kommen sollte.

Rechtsanwalt Wisberg: Können Sie uns sagen, Herr Geheimrat, wie sich Noske über den Angeklagten geäußert hat? — Geheimrat Weismann: Herr Noske bedauerte unendlich, daß Kessel, der damals nach Ansicht Noskes lediglich aus vaterländischem Interesse, ohne eigenartige Motive gehandelt und damals den Kopf in die Schlinge gelockt hat, nun daran glauben soll. — Oberleutnant Hofmann: Einige Tage vor dem Marloh-Prozeß rief Herr Geheimrat Weismann bei der Staffel A an und ersuchte Hauptmann v. Kessel, in sein Bureau zu kommen. Da Kessel nicht da war, fuhr ich selbst hin und suchte Herrn Geheimrat Weismann in seinem Dienstzimmer auf. Herr Geheimrat Weismann ließ sich ein Attest geben und schlug darin seine Aussage zu dem Marloh-Prozeß auf. Er bat mich, sie durchzuführen. Ich hatte wenig Zeit und wir trafen dann beide nach der Bendler Straße. Untermwegs sagte mir Herr Weismann:

Ich hoffe, daß Kessel mich im Prozeß mit seiner Aussage deckt. Weiter sagte Herr Weismann, er bedauere außerordentlich, daß der Prozeß stattfinden und er sprach über die Flucht Marlohs so, daß ich daraus schloß, er sei mit Marlohs Flucht einverstanden.

Herr Weismann sagte weiter, er hoffe, daß der Marloh-Prozeß nicht allzuviel Staub aufwirbeln werde, denn es schwebte damals gerade die Mars-Märe, derenwegen Herr Weismann zum Reichswehrminister Noske fuhr.

Geheimrat Weismann: Ich kann mich dieser Äußerung nicht mehr entsinnen. Es mag sein, daß ich zur Beruhigung der Gemüter damals gesagt habe, daß die Sache wohl keinen allzu großen Staub aufwirbeln werde.

Die Beweisaufnahme wendet sich dann der Herausforderung zum Duell zu. Über die Pastor Kump die Anzeige erstattete. Nach der Angabe des Angeklagten v. Kessel bot zu der Herausforderung zum Duell unter schwersten Bedingungen die Veranlassung bekanntlich der Umstand, daß Pastor Kump während des Marloh-Prozesses vor dem Angeklagten ausgespielt haben soll. Pastor Kump bestritt zunächst ganz energisch, jemals vor dem Angeklagten ausgespielt zu haben. Die beiden Kartellträger, Oberleutnant Beckrich und Hauptmann Stennes schildern, daß sie Kump höflich beiseite gebeten hätten und Pastor Kump auch zunächst ganz freundlich gewesen sei. Ganz abseits vom

Publikum stehend, hätten sie ihm dann die Herausforderung überbracht, die abgelehnt wurde. Oberleutnant Ant h e s schildert dann den

Vorgang des Ausspielens,

den er im Saal mit angesehen habe. Als sich Hauptmann v. Kessel neben Pastor Kump setzte und zufällig ihn mit dem Kermel streifte, habe dieser zunächst eine Bewegung des Abwinkens gemacht, als wenn er ein unreines Tier berührt hätte, und dann „ausgespielt“. Er sei darüber so empört gewesen, daß wenn es ihm, dem Zeugen passiert wäre, er sich wahrscheinlich nicht so hätte beherrschen können und dem Pastor Kump eine handgareißliche Antwort hätte zuteil werden lassen.

Hierauf wird die

Aussage des Hauptmanns Pabst

verlesen, die dieser während seiner Krankheit im ersten Kesselprozeß gemacht hat. Sie bestätigt die Angaben des Angeklagten. Pabst bekundet darin, daß der damalige Reichswehrminister Noske sich ihm gegenüber dem Sinne nach unzweideutig dahin geäußert habe, daß ein Marloh-Prozeß in jener Zeit aus vaterländischen Gründen besser nicht stattfinden würde.

Der nächste Zeuge Geheimrat Dohs (ein Kappverbrecher, Die Red.) bekundet, daß die Staffel Kessel sich damals ihrer Aufgaben in hervorragendem Maße entledigt habe. Kessel leicht habe viellos Leid und Leben eingesetzt, und zwar mit der größten Loyalität der Regierung gegenüber, nur um die öffentliche Sicherheit aufrechtzuerhalten. Minister Heine und Polizeipräsident Ernst hätten wiederholt sich auf das glänzendste über Kessel geäußert. Der Zeuge bekundet weiter, daß er gelegentlich der Übernahme der Staffel Kessel in die neu aufgestellte Sicherheitspolizei mit dem Polizeipräsidenten Ernst darüber gesprochen habe, daß Marloh nicht mit in die Sicherheitspolizei übernommen werden dürfe, da gefährlich, ob er schuldig oder nicht schuldig sei, die neue Organisation mit dem Namen Marloh nicht belastet werden dürfe.

Ernst sei derselben Meinung gewesen und habe dann auch erklärt, die öffentliche Sicherheit ließe es überhaupt nicht zu, daß ein Marloh-Prozeß stattfinden. Das sollte sei, wenn Marloh Berlin verläßt.

Der nächste Zeuge, Rittmeister Freiherr v. Cronberg, früher in der Exekutivabteilung des Garde-Kavallerie-Schützenkorps laßt aus, daß man beim Garde-Kavallerie-Schützenkorps einen Marloh-Prozeß unter allen Umständen vermeiden wollte. Er, der Zeuge, wisse auch, daß Noske, Hauptmann Pabst und Staatsanwalt Weismann dafür gewesen seien, daß Marloh verschwinde. Er, der Zeuge, erinnere sich eines Gesprächs mit dem Leiter der Nachrichtenabteilung des Garde-Kavallerie-Schützenkorps, Rittmeister v. Herder, in dem er die Ansicht verteilte habe, Marloh solle nicht fliehen, worauf ihm Herder erklärt habe: Staatsanwalt Weismann sei auch für eine Flucht.

Sobann trat das Gericht in eine Besprechung ein, ob diejenigen Zeugen, die mehr oder weniger direkt an Marlohs Flucht beteiligt waren, zu vereidigen seien. Es handelte sich um die Zeugen Großmann, Hoffmann, Kump, Marloh, Wehmer, Stennes und Beckrich und Weismann. Staatsanwalt Gerlach stellte den Antrag, lediglich Geheimrat Weismann und Pastor Kump zu vereidigen, da die anderen Zeugen mit der Flucht Marlohs in Verbindung gestanden und sich so strafbar gemacht hätten. Das Gericht zog sich zu einer fast anderthalbstündigen Beratung zurück. Darauf verlesende Landgerichtsdirektor Weigert den Beschluß des Gerichtes. Die Zeugen Großmann und Hoffmann seien nicht zu vereidigen, da sie die Flucht Marlohs unerschuldig hätten. Marloh könne nicht vereidigt werden, da er wegen des Fluchtvergehens bereits bestraft sei. Die Leutnants Beckrich und Stennes, die sich der Beihilfe zur Herausforderung zum Duellkampf mit üblichen Waffen schuldig gemacht haben, könnten aus diesem Grunde ebenfalls nicht vereidigt werden. Pastor Kump sei nur insoweit zu vereidigen, als seine Aussagen die Herausforderung zum Duellkampf betreffen. Seine Aussagen, welche die Flucht Marlohs und den angeblichen Weid v. Kessels betreffen, sollten dagegen unvereidigt bleiben. Der Zeuge Wehmer, der an der Flucht Marlohs beteiligt war, soll über diesen Teil seiner Aussage unvereidigt bleiben. Dagegen wird er insoweit vereidigt, als sich seine Aussagen über die Vernehmung des Angeklagten durch Kriegsgerichtsrat Meyer erstrecken. Gegen die Vereidigung des Geheimrats Weismann bestanden keine Bedenken. Nach weiteren unwesentlichen Zeugenaussagen wurde die Beweisaufnahme geschlossen und die Verhandlung auf Mittwoch früh 9½ Uhr vertagt. Am heiligen Mittwoch werden dann die Vertreter der Anklage, Staatsanwaltschaftsrat Gerlach und der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Wisberg plädieren. Das Urteil dürfte in den Nachmittagsstunden gefällt werden.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Kebab, Berlin. — Druckerei für den „Arbeiter“: E. G. m. b. H., Berlin. — Druck der „Arbeiter“: Druckerei G. m. b. H., Berlin E. 2, Weisk Straße 80.



Quälst Dich die Höheraugen, musst Du Kukirol gebrauchen.  
**Rukirol** beseitigt schnell sicher und schmerzlos Höheraugen, Hornhaut, Schwellen und Warzen.  
Schachtel M. 3. In Apotheken u. Drogerien erhältlich.

# TRADITION

## PROBLEM

Garantiert erste Qualität

# Die Frühjahrskleidung

Erstklassige Erzeugnisse unserer eigenen Werkstätten, die nach den neuesten Modellen verfertigt sind

|   |                                  |                              |  |        |
|---|----------------------------------|------------------------------|--|--------|
| Paletots mit Taille gearbeitet, mit Hakenabschluß . . . . .   | M. 980, 800, 750, 600            | Anzüge, Serie I              | ausgewählter Leistung. In all modern Fashions, vielen Moders'n. Farberstall, l. allen Herrngedr., auch schlanke u. unterstent verr. M. 690 |        |
| aus Covercoat in verschiedenen Ausführungen, mit Haken abschl. oder Kappelthau . . . . .            | M. 1100, 1000, 950, 900,         | Anzüge, Serie II             | aus sehr guten Stoff, ganz modern auf Taille und mit Hakenabschl. gearbeitet . . . . .   | M. 780 |
| in englischen Moders, mit hochgestülpten Kragen, kann gehalten, ohne Gar. . . . .                   | M. 850, 600, 750,                | Anzüge, Serie III            | aus blauen vorzüglichen Kaschmir . . . . .   | M. 825 |
| in guter Qualität, glatt gearbeitet Covercoat oder Double, in mannigfaltigen Ausführungen . . . . . | M. 800, 750, 600, 550, 450, 370, | Sport - Anzüge               | stellig, aus guten gemesserten Stoffen in modernster Verarbeitung . . . . .  | M. 725 |
| aus sehr guten schwarzem und marooner Cheviot, beide Verarbeitung, eleganter Stil . . . . .         | M. 1000, 950, 800,               | Knaben- und Jünglings-Anzüge | in allen Preislagen und verschiedenen Fashions vorzüg-   |        |

Anfertigung nach Maß; eleganter Stil, erstklassige Verarbeitung! Stoffverkauf an Schneider und Private.

# Baer & Sohn

Nur eine Verkaufsstelle Morgens Verkauf billiger Sachen

Nur Chausseestrasse 29-30 Nur Morgens Verkauf billiger Sachen

Keine Filialen mehr

